



Generalversammlung

Verteilung: Allgemein
27. August 2004

Deutsch
Original: Englisch

Neunundfünfzigste Tagung

Tagesordnungspunkt 56 der vorläufigen Tagesordnung*

Weiterverfolgung der Ergebnisse des Millenniums-Gipfels

Umsetzung der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen

Bericht des Generalsekretärs

Inhalt

<i>Abschnitt</i>	<i>Ziffern</i>	<i>Seite</i>
I. Einleitung.....	1 – 16	3
II. Frieden und Sicherheit	17 – 38	5
III. Entwicklung.....	39 – 77	12
IV. Schutz der Schwächeren.....	78 – 98	22
V. Schlussbetrachtung.....	99 – 108	26
Statistischer Anhang Millenniums-Entwicklungsziele, Zielvorgaben und Indikatoren, 2004		30

* A/59/150.

I. Einleitung

1. Die Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen¹, die die führenden Politiker der Welt im Jahr 2000 auf dem Millenniums-Gipfel der Vereinten Nationen verabschiedeten, brachte die Bestrebungen der internationalen Gemeinschaft für das neue Jahrhundert zum Ausdruck. In der Erklärung wurde eine Welt heraufbeschworen, die, durch gemeinsame Wertvorstellungen geeint, mit neuer Entschlossenheit nach Frieden und einem menschenwürdigen Lebensstandard für jeden Mann, jede Frau und jedes Kind strebt.

2. Wie ich in meinem Bericht vom Vorjahr (A/58/323) ausführte, wurde unser gemeinsames Zielbewusstsein durch die Terrorangriffe vom 11. September 2001 und ihre Folgen in seinen Grundfesten erschüttert. Insbesondere der Krieg in Irak jedoch führte zu einer tiefen Spaltung der internationalen Gemeinschaft und förderte die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedern der Vereinten Nationen darüber zutage, wie wir unsere kollektive Sicherheit angesichts immer größerer Bedrohungen durch den Terrorismus und durch Massenvernichtungswaffen gewährleisten können. Diese Besorgnisse stellten andere Probleme – zum Beispiel HIV/Aids, extreme Armut und Umweltzerstörung – trotz der tiefgreifenden Auswirkungen, die sie tagtäglich auf das Leben von Hunderten Millionen Menschen haben, weit in den Schatten.

3. In den letzten 12 Monaten ist es uns bis zu einem gewissen Grad gelungen, unsere Meinungsverschiedenheiten beizulegen. Es kommt nun darauf an, dass wir diesen Weg weiter gehen, denn nur eine geeinte internationale Gemeinschaft kann wirksam vorgehen, um die zahlreichen Hindernisse zu überwinden, die sich der Verwirklichung der Vision der Millenniums-Erklärung entgegenstellen. Eine Reihe von Entwicklungen, die seit meinem letzten Bericht stattgefunden haben, machen die Größenordnung der Probleme deutlich, die wir zu bewältigen haben.

4. Die Situation in Irak stellt sowohl das irakische Volk als auch die gesamte internationale Gemeinschaft weiter vor eine große Herausforderung. Das Ende der Besetzung und die offizielle Wiederherstellung der irakischen Souveränität am 28. Juni 2004 läuteten den Beginn einer neuen Phase im Übergangsprozess Iraks ein. Die irakische Interimsregierung hat jetzt die Gelegenheit, alle Iraker darin einzubeziehen, das Land im Geiste der nationalen Einheit und Aussöhnung zusammenzuführen, um die Grundlagen für ein neues Irak zu legen. Es gibt jedoch unter den Irakern viele im Wettstreit stehende Visionen, und das weiterhin bestehende Klima der Gewalt und der Unsicherheit droht, die Schaffung demokratischer Institutionen durch Wahlen und die Annahme einer neuen Verfassung zu untergraben.

5. Einer der erschütterndsten Aspekte der letzten 12 Monate ist die enorme Zahl von Zivilpersonen, die – nicht nur in Irak selbst, sondern auch in vielen weiteren Ländern – Terroranschlägen zum Opfer gefallen sind. Die gezielten schweren Anschläge auf Zivilpersonen in Istanbul, Madrid, Riad und Haifa und Moskau führen uns das Ausmaß und den Ernst der Herausforderung, mit der wir konfrontiert sind, in aller Schärfe vor Augen.

6. Ebenfalls im vergangenen Jahr erhob in der Region Darfur in Sudan das Schreckgespenst schwerer und systematischer Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht wieder sein Haupt. Massive Menschenrechtsverletzungen, namentlich Vertreibungen, außergerichtliche Tötungen und geschlechtsspezifische sexuelle Gewalt, führten in Verbindung mit Mangelernährung und verhütbaren Krankheiten, verursacht durch den Mangel an Nahrungsmitteln, Wasser und grundlegenden sanitären Einrichtungen, zum Tode von Zehntausenden und zur Vertreibung von weit über einer Million Menschen, sowohl im Innern des Landes als auch in die Nachbarländer. Wir dürfen nicht warten, bis sich unsere

schlimmsten Befürchtungen bestätigen, bevor wir uns mit dem gesamten Gewicht der internationalen Gemeinschaft für die sofortige und endgültige Beendigung dieser Greuelthaten einsetzen. Wenn wir hier nicht eingreifen, verlieren wir nicht nur Menschenleben, sondern auch jegliche Glaubwürdigkeit. Die Situation in Darfur rührt an die Quintessenz der in der Charta der Vereinten Nationen und der Millenniums -Erklärung verankerten Ideale.

7. Die Entwicklung der Lage der ärmsten Menschen in der Welt in den vergangenen 12 Monaten ist kaum ermutigender. Die Zahl der Neuinfektionen mit HIV/Aids – um nur einen Faktor zu nennen – war im letzten Kalenderjahr höher als je zuvor, was die Entwicklungsaussichten für ganze Regionen der Welt, in denen Hunderte Millionen Menschen leben, ernsthaft in Frage stellt. Die hohe Zuwachsrate der Neuinfektionen mit dem HIV, die schon seit langem die Entwicklungsaussichten Afrikas bedroht, hat im vergangenen Jahr in Teilen Asiens und Osteuropas alarmierende Ausmaße angenommen. Das Wirtschaftswachstum und die soziale Entwicklung auf regionaler und globaler Ebene könnten gebremst werden, wenn dieser besorgniserregenden Entwicklung nicht wirksam Einhalt geboten wird. So hängt in einigen Teilen der Welt die Verwirklichung aller anderen Millenniums-Entwicklungsziele davon ab, dass sehr viel energischere Maßnahmen zur Eindämmung der Epidemie ergriffen werden und die bereits Infizierten behandelt werden.

8. Die Hindernisse, die sich der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele entgegenstellen, sind vielgestaltig, doch nicht unüberwindbar. In den Abschnitten II bis IV gebe ich einen Überblick über die Ergebnisse, die bei der Umsetzung der Erklärung auf bestimmten Gebieten erzielt wurden – bei der Friedenssicherung und der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität (Abschnitt II), bei der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele (Abschnitt III) und beim Schutz der Schwächeren (Abschnitt IV). Dieser und die vorangegangenen Berichte machen deutlich, dass Fortschritte möglich sind und dass die dafür erforderlichen Maßnahmen klar bestimmt sind.

9. Wir verfügen über das Wissen und das technologische Instrumentarium, die für wirkliche Fortschritte im Kampf gegen die Armut und für eine gerechtere Teilhabe an den Vorteilen der Globalisierung erforderlich sind. Die Weltkommission für die sozialen Dimensionen der Globalisierung lieferte mit ihren im Februar 2004 herausgegebenen Schlussfolgerungen neue Diskussionsanstöße². Sie ergänzen die auf den großen Konferenzen der Vereinten Nationen in den letzten zehn Jahren entwickelten Strategien zum gesamten Spektrum der entwicklungs- und sozialpolitischen Fragen, mit denen wir uns befassen müssen.

10. Auch für die Stärkung unserer kollektiven Sicherheit und die wirksamere Überwindung der vielfältigen Bedrohungen, denen wir uns gegenübersehen, stehen uns viele Wege offen. Die Hochrangige Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel, die ich im November 2003 eingesetzt habe, wird mir im Dezember 2004 ihre Ergebnisse und Empfehlungen vorlegen. Ich bin zuversichtlich, dass ihr Bericht uns helfen wird, zu einem Konsens über den zu beschreitenden Weg zu gelangen, vorausgesetzt, es besteht der Wille zum Handeln.

11. Das Wissen, die Fähigkeit und der politische Wille zum Handeln und zur Bereitstellung ausreichender Ressourcen sind drei unabdingbare Bestandteile eines Erfolgs der Bemühungen um die Umsetzung der Millenniums -Erklärung. Ein weiterer, ebenso notwendiger Bestandteil ist an dieser Stelle ebenfalls zu nennen, nämlich die Achtung vor der Herrschaft des Rechts.

12. Die internationale Gemeinschaft braucht heute mehr denn je einen wirksamen Regelungsrahmen, der das Verhalten von Staaten bestimmt, die nach wie vor die Hauptakteure in den internationalen Beziehungen sind. Die bisher entwickelten völkerrechtlichen Nor-

men sind ein kostbares Erbe unserer Vergangenheit und bilden das Fundament der internationalen Zusammenarbeit in der Gegenwart. Die feierliche Vereinbarung der grundlegendsten dieser Normen, darunter die Charta der Vereinten Nationen, erfolgte im Anschluss an Tragödien, die niemals wieder zugelassen werden dürfen.

13. Daher muss sich die internationale Gemeinschaft der Notwendigkeit der Achtung und Wahrung der weltweiten Herrschaft des Rechts auf allen Ebenen bewusst sein – angefangen bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit bis hin zur Steuerung des Welthandels und zum Schutz der Menschenrechte.

14. Neue Sicherheitsprobleme führen häufig dazu, dass etablierte Rechtsnormen unter Druck geraten. In solchen Zeiten ist es notwendiger denn je, die Herrschaft des Rechts zu wahren. Die Bekämpfung des Terrorismus muss auf eine Weise erfolgen, die diese Bemühungen stärkt und nicht schwächt. Jede Beschneidung der Menschenrechte im Kampf gegen den Terrorismus erniedrigt uns alle und vermindert die Aussichten auf eine erfolgreiche Bekämpfung der Geißel des Terrorismus. Die Gesetze des Krieges müssen eingehalten werden. Die Staaten haben die Pflicht, in den neuen und komplexen Umständen zeitgenössischer bewaffneter Konflikte das humanitäre Recht zu achten und seine Achtung sicherzustellen. Wann immer neue Gesetze zu erlassen sind, hat dies im Einklang mit den Normen des Gesetzgebungsprozesses zu geschehen.

15. In einem Jahr werden die Nationen der Welt wieder zusammentreten, um festzustellen, welche Fortschritte sie bei der Verwirklichung der im Jahr 2000 gesetzten Ziele verzeichnen können. Sie werden dabei zweifellos gemischte Ergebnisse vorfinden. Auf manchen Gebieten werden sicherlich bemerkenswerte Fortschritte und Grund zur Hoffnung zu verzeichnen sein, auf anderen hingegen eher ein Stillstand oder sogar Rückschritte. Die Zusammenkunft auf hoher Ebene im Jahr 2005 muss mehr sein als eine bloße Bestandsaufnahme. Dieses Ereignis muss genutzt werden, um dem Unterfangen der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele neue Dynamik zu verleihen. Ich hoffe sehr, dass diese Gelegenheit, die Vereinten Nationen selbst zu stärken, nicht ungenutzt verstreichen wird, da die Organisation ein Instrument ist, das sich weiterentwickeln und mit der Zeit gehen muss.

16. Unser Erfolg bei der Verwirklichung der Vision der Millenniums-Erklärung wird nicht nur daran gemessen, welche quantifizierbaren Fortschritte in einem bestimmten Jahr bei der Verwirklichung der gesteckten Ziele erreicht wurden, sondern auch daran, wie wir uns jeweils den entstehenden Krisen und Herausforderungen stellen. Wenn wir es zulassen, dass solche Rückschläge zum prägenden Element unserer Bemühungen werden, werden wir den Erwartungen nicht gerecht, welche die Völker der Welt in uns setzen. Wenn wir solche Gelegenheiten hingegen zur Mobilisierung unserer Energie und unserer Ressourcen nutzen, werden wir uns der Herausforderung mehr als gewachsen erweisen.

II. Frieden und Sicherheit

17. Die Staats- und Regierungschefs verpflichteten sich auf dem Millenniums-Gipfel darauf, "keine Mühen zu scheuen, um unsere Völker von der Geißel des Krieges, ob Bürgerkriege oder Kriege zwischen Staaten, zu befreien, die im letzten Jahrzehnt über fünf Millionen Menschenleben gefordert haben"³. Um diese Verpflichtung zu erfüllen, trafen sie den Beschluss, den Vereinten Nationen die Mittel und Werkzeuge an die Hand zu geben, die sie für eine effektivere Wahrung des Friedens und der Sicherheit benötigen. Die Friedensmissionen der Vereinten Nationen sind ein wichtiges Instrument bei den diesbezüglichen Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft. Sie tragen dazu bei, Staaten

in der Folgezeit eines bewaffneten Konflikts zu stabilisieren und die Bedingungen für einen dauerhaften Frieden und eine nachhaltige Entwicklung zu schaffen.

18. Seit meinem letzten Bericht haben die Friedensmissionen der Vereinten Nationen bedeutende Erfolge erzielt. Angesichts beträchtlicher Hindernisse und manchen Rückschlägen zum Trotz machten die Missionen in Afghanistan, in Äthiopien und Eritrea, in Georgien und im Kosovo Fortschritte bei der Förderung komplexer und sensibler Friedensprozesse. Die Missionen in Sierra Leone und Timor-Leste wurden planmäßig verkleinert. In der Demokratischen Republik Kongo wurde die Mission der Vereinten Nationen ausgeweitet und ihr Mandat gestärkt, und trotz der Herausforderungen an die Autorität der Übergangsregierung blieb der Friedensprozess auf Kurs und es wurden zaghafte Fortschritte bei der Stabilisierung der Lage erzielt. In der zweiten Jahreshälfte 2003 wurden neue Missionen in Liberia und Côte d'Ivoire in die Wege geleitet.

19. Diese gesteigerte Aktivität war das Vorspiel für eine starke Zunahme der Nachfrage nach Friedenssicherungseinsätzen der Vereinten Nationen im Jahr 2004. Zu Beginn des Jahres betrieb die Vereinten Nationen 13 Friedenssicherungseinsätze und 15 besondere politische Missionen. In den sechs folgenden Monaten wurde die Organisation aufgefordert, ihren Friedenssicherungseinsatz in Côte d'Ivoire auszuweiten und zeitgleich neue Missionen nach Haiti und Burundi zu entsenden. Außerdem plant sie derzeit auf Ersuchen des Sicherheitsrats beziehungsweise in Erwartung künftiger Nachfrage umfassende neue oder erweiterte Einsätze in Irak und Sudan.

20. Der sprunghafte Anstieg der Nachfrage nach VN-Friedenssicherungseinsätzen ist ein willkommenes Signal, dass sich der internationalen Gemeinschaft neue Chancen eröffnen, um zu einer friedlichen Beilegung von Konflikten beizutragen. Diese Chancen können jedoch nur dann wirklich genutzt werden, wenn die notwendigen politischen, finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden und wenn jeder Friedensprozess bis zu seinem Abschluss unterstützt wird. Der Erfolg hängt nicht nur von der Umsetzung der Mandate der Friedensmissionen ab, sondern auch von der Gewährung stetiger längerfristiger Hilfe, damit gewährleistet ist, dass die bei einem Einsatz erzielten Fortschritte Bestand haben. Dies erfordert eine Zusammenarbeit mit örtlichen repräsentativen Institutionen mit dem Ziel, eine gute Regierungs- und Verwaltungsführung zu fördern, die Herrschaft des Rechts zu festigen, die staatlichen Sicherheitsstrukturen zu reformieren und eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen. Wie uns das Beispiel der unlängst nach Haiti zurückgekehrten Friedenssicherungskräfte lehrt, müssen die Vereinten Nationen auf Kurs bleiben, wenn der labile Friede, der zu Beginn einer Friedensmission herrscht, konsolidiert und unumkehrbar gemacht werden soll.

21. Den Planungsschätzungen für neue oder mögliche Einsätze zufolge wird die erhöhte Nachfrage die Reaktionskapazität der Vereinten Nationen bis zum Äußersten belasten beziehungsweise übersteigen. Ein einfacher Vergleich lässt unschwer erkennen, welcher Größenordnung die Aufgabe ist. Anfang 2004 waren bei den Friedensmissionen der Vereinten Nationen rund 45.000 Soldaten, 4.500 Zivilpolizisten, 2.000 Militärbeobachter und etwa 8.500 internationale und örtliche Zivilbedienstete im Einsatz. Für die fünf oben genannten neuen oder möglichen Missionen wurde jedoch ein zusätzlicher Personalbedarf von etwa 27.000 Soldaten, 2.500 Zivilpolizisten, 1.300 Militärbeobachtern und 6.000 internationalen und örtlichen Zivilbediensteten und dementsprechend ein zusätzlicher Finanzmittelbedarf von bis zu 2 Milliarden Dollar für den Friedenssicherungshaushalt 2004-2005 veranschlagt.

22. Im Rahmen der Umsetzung der Empfehlungen der Sachverständigengruppe für die Friedensmissionen der Vereinten Nationen, besser bekannt als "Brahimi-Gruppe", wurde die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze umstrukturiert und ihre Personalkapazität

am Amtssitz um 50 Prozent erhöht. Darüber hinaus wurde in der Versorgungsbasis der Vereinten Nationen in Brindisi (Italien) eine strategische Materialreserve gebildet, damit die in der Anlaufphase einer komplexen Mission erforderliche Ausrüstung rasch eingesetzt werden kann. Des Weiteren wurden finanzielle Maßnahmen in die Wege geleitet, um eine entsprechende Vorausplanung und -rekrutierung zu ermöglichen, damit die auf Grund der Überprüfung durch die Brahimi-Gruppe festgelegten Dislozierungsfristen von 30/90 Tagen eingehalten werden können. Infolgedessen leistet die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze den Feldmissionen stärkere Unterstützung, wie aus den Rückmeldungen dieser Missionen hervorgeht.

23. Der oben erwähnte Bedarfsanstieg übersteigt jedoch das, was zum Zeitpunkt der Einleitung der Reformen prognostiziert worden war, und somit auch die bislang geschaffenen Kapazitäten. Die Hauptabteilung hat vorläufige Maßnahmen zur Bewältigung der durch die starke Zunahme der Friedenssicherungsaufgaben aufgeworfenen Probleme ergriffen. Dennoch gibt es nach wie vor einige gravierende Lücken, die weitere Reformen erforderlich machen. Ich werde der Generalversammlung Empfehlungen zu neuen Maßnahmen vorlegen, die ergriffen werden müssen. Während sich möglicherweise erreichen lässt, dass Truppen in der erforderlichen großen Zahl bereitgestellt werden, lässt sich das Gleiche nicht von den entscheidend wichtigen spezialisierten Militärkapazitäten sagen, wie Schnelleingreifkapazitäten, taktische Luftunterstützung, Feldlazarette und Verkehrsführung. Der Bedarf an französischsprachigen Polizisten ist ebenfalls über das bereitstehende Angebot hinausgewachsen. Und was das Wehrmaterial betrifft, so wird die strategische Materialreserve der Vereinten Nationen lange vor dem Einsatz der neuen Missionen erschöpft sein. Sie muss rasch wiederaufgefüllt werden, und es muss alles getan werden, um die restlichen Lücken zu schließen.

24. Um den neuen Herausforderungen begegnen zu können, mit denen die Friedenssicherung der Vereinten Nationen konfrontiert ist, bedarf es außerdem eines sorgfältigen politischen Managements und der Koordinierung verschiedener Mandatselemente, da jeder neue oder geplante Einsatz komplex und multidimensional ist. Die operativen Hauptabteilungen sowie die Fonds, Programme und Organisationen der Vereinten Nationen müssen in der Lage sein, so effiziente Beiträge wie möglich zu leisten, und ihre Unterstützung muss gut koordiniert sein. Mit diesen Zielen vor Augen sind die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, der Exekutivausschuss für humanitäre Angelegenheiten und die Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklungsfragen dabei, die Kapazität der Vereinten Nationen zur Durchführung integrierter Einsätze gemeinsam zu überprüfen und zu verbessern. Eines ist klar: die erfolgreiche Durchführung komplexer Mandate erfordert ein Zivilpersonal von höchster Qualität, das im gesamten System der Vereinten Nationen sowie in anderen multilateralen Organisationen und Mitgliedstaaten rekrutiert werden muss, in denen bestimmte fachliche Kompetenzen leichter gefunden werden können.

25. Mit der wachsenden Bürde der Friedenssicherung haben die strategischen Partnerschaften der Vereinten Nationen mit der Afrikanischen Union, der Europäischen Union, der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) und anderen multilateralen Organisationen an Bedeutung gewonnen – und ich freue mich, mitteilen zu können, dass bei der Stärkung dieser Partnerschaften solide Fortschritte erzielt wurden. Nach dem Fall Bosnien und Herzegowina, über den im Vorjahr berichtet wurde, kam es auch in Ituri (Demokratische Republik Kongo) zu einer wirksamen Missionsübergabe zwischen den Vereinten Nationen und der Europäischen Union; darüber hinaus hat die Gemeinsame Erklärung der Europäischen Union und der Vereinten Nationen zur Krisenbewältigung vom 24. September 2003 ein mehrjähriges dauerhaftes und wachsendes Engagement und Zusammenwirken auf eine feste Grundlage gestellt. Die Beziehungen zwischen den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union wurden durch von den jeweiligen Amtssitzen ausgehende Aktivitäten zum Aufbau von Institutionen sowie durch die unlängst vorgenommene erfolgreiche Über-

gabe der Friedenssicherungsaufgaben in Burundi gestärkt. Das Personal der NATO und der Vereinten Nationen arbeitet weiter Seite an Seite im Rahmen der komplexen Friedensbemühungen im Kosovo und in Afghanistan. Somit besteht eine solide Grundlage, um diese Partnerschaften noch aktiver und operativer zu gestalten.

26. Der Anstieg der Nachfrage nach Friedensmissionen der Vereinten Nationen in diesem Jahr stellt eine Herausforderung dar, wie es sie seit der raschen Zunahme des Umfangs und der Komplexität dieser Einsätze in den neunziger Jahren nicht mehr gegeben hat. Sowohl aus den Erfolgen als auch aus den Misserfolgen der damaligen Zeit wurden viele Erfahrungen gewonnen – Erfahrungen, auf die wir zurückgreifen müssen, um den Anforderungen der heutigen Zeit gerecht werden zu können. Die im Laufe der letzten vier Jahre vorgenommenen Reformen und Verbesserungen des Systems zeugen von der Entschlossenheit der internationalen Gemeinschaft, im Rahmen der Vereinten Nationen wirksam tätig zu werden, um den Herausforderungen in diesem Bereich der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit entgegenzutreten. Die Stärkung der Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen ist jedoch ein fortlaufender Prozess. Die Größenordnung der sich heute stellenden Anforderungen bedeutet, dass sich alle Partner des Systems – die Mitgliedstaaten, die Organisationen der Vereinten Nationen und die Regionalorganisationen – sogar noch stärker engagieren müssen. Sowohl die entwickelten Länder als auch die Entwicklungsländer müssen ihre Unterstützung der Friedenssicherung erweitern und den Parteien vor Ort mit Nachdruck demonstrieren, dass die Präsenz der Vereinten Nationen Ausdruck des gemeinsamen Willens und der Entschlossenheit der gesamten internationalen Gemeinschaft ist. Die Kosten der Friedensmissionen der Vereinten Nationen sind winzig im Vergleich zu den Kosten, die mit Konflikten verbunden sind – nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch in Bezug auf das durch sie verursachte menschliche Leid und Elend –, und die Welt erwartet von der Weltorganisation, dass sie auf diesem Gebiet wirksam eingreift.

Zurückdrängung der grenzüberschreitenden Kriminalität

27. Die Millenniums-Erklärung betont das Recht auf ein Leben in Würde, frei von Gewalt, Furcht und Unterdrückung. Die bemerkenswerte Zunahme grenzüberschreitender Formen krimineller Tätigkeit in den Jahren seit dem Ende des Kalten Krieges hat jedoch auf der ganzen Welt erhebliche Auswirkungen auf den Frieden und die Entwicklung, die Aussichten auf wirtschaftliches Wachstum sowie die Menschenrechte, die Demokratie und eine gute Regierungs- und Verwaltungsführung. Die kriminellen Organisationen, die solchen illegalen Tätigkeiten nachgehen – mit denen noch andere Probleme wie Korruption und Verbindungen zum Terrorismus einhergehen –, schreiten in ihrer Entwicklung rasch voran und stellen eines der zentralen Sicherheitsprobleme dar, denen sich die Weltgemeinschaft gegenüber sieht.

28. Die organisierten kriminellen Gruppen von heute ähneln komplexen Netzwerken von Wirtschaftskonzernen, die in der Lage sind, illegale Tätigkeiten und rechtmäßige Geschäfte zu vermengen. Die hierarchischen Strukturen – die Familien, die Kartelle, die "Cupolas" – sind weitgehend verschwunden. Diese Gruppen haben sich zersplittert, und an ihre Stelle sind sich rasant ausbreitende komplexe Netzwerke krimineller Organisationen getreten. Deren Fangarme reichen in viele Länder, und die Regierungen verfügen über unterschiedliche Kapazitäten und/oder ein unterschiedliches Maß an politischer Entschlossenheit, um das Problem zu bekämpfen. Die vorhandenen Erkenntnisse belegen, dass sich kriminelle Gruppen immer mehr ausbreiten, immer dynamischer organisiert sind und ihren Tätigkeitsbereich sowohl geografisch als auch nach Sektoren ausgeweitet haben: sie sind nicht mehr nur grenzüberschreitend und spezialisiert, sondern transkontinental und diversifiziert. Ein wichtiger Faktor ist dabei außerdem, dass ein hoch entwickelter Bankensektor und die globale Reichweite des Internet die Bedeutung von Ländergrenzen erheblich re-

duziert haben. Diese Entwicklungstendenzen werden sich in Verbindung mit der Globalisierung fortsetzen.

29. So wie rechtmäßige Wirtschaftsunternehmen gehen heutzutage auch organisierte kriminelle Gruppen mehreren Aktivitäten nach. Während der Drogenhandel nach wie vor einen Hauptschwerpunkt bildet, betreiben kriminelle Organisationen darüber hinaus Handel mit allem, was Profit bringt – von nuklearen Abfällen und Schusswaffen bis zu geschützten Arten, kulturellen Artefakten und, was am tragischsten ist, Menschen. Die Verknüpfung der Datennetze ermöglicht raffinierte Betrügereien, indem sie rasche Geschäfts- und Finanztransaktionen erleichtert, die keinen zeitlichen oder räumlichen Beschränkungen unterliegen. Ungeachtet dieser Diversifizierung der Aktivitäten und der helfenden Rolle neuer Technologien ist ein Wesensmerkmal organisierter krimineller Gruppen dasselbe geblieben, nämlich ihr Hang zur Gewalt. Grenzüberschreitende kriminelle Gruppen machen ausgiebig Gebrauch von Gewalt, um den Willen ihrer Opfer zu beugen: dabei werden nicht nur Amtsträger und gewöhnliche Bürger bedroht und eingeschüchtert, um sie gefügig zu machen, sondern es wird auch mit Hunderten und Tausenden von Frauen zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung Menschenhandel betrieben, Hunderttausende von Kindern werden brutalisiert, und Millionen von Menschen jeden Alters werden gezwungen, für einen niedrigen oder überhaupt keinen Lohn zu arbeiten. Auf allen Kontinenten wird menschliches Potenzial von kriminellen Organisationen für raschen Profit gekauft und verkauft. Die Opfer sind höchst anfällig für Verletzungen und Krankheiten, einschließlich HIV/Aids.

30. Konflikte sowie bürgerkriegsähnliche und politische Auseinandersetzungen stehen in einem engen Zusammenhang mit dem Wachstum krimineller Netzwerke. Die Konflikte und die Instabilität in der Andenregion, in West-, Zentral- und im südlichen Afrika, in Zentralasien und in Südosteuropa sind alle eng mit der Ausbreitung mächtiger krimineller Organisationen verknüpft. Kriege erzeugen Instabilität, in der das organisierte Verbrechen blüht, und eröffnen Chancen für illegale Bereicherung, indem gewinnbringende neue Märkte für geschmuggelte Güter geschaffen werden, von natürlichen Ressourcen bis zu Waffen. In ihrer extremsten Form kann die organisierte Kriminalität humanitäre Krisen tatsächlich auslösen, und die Beilegung von Konflikten kann wegen der Gier der Beteiligten und der illegalen Ausbeutung von Ressourcen in vom Krieg zerrütteten Ländern erschwert werden. In den meisten Postkonfliktsituationen stellt die Zunahme der organisierten Kriminalität eine Herausforderung für den Aufbau reformierter Institutionen dar, wie etwa im Polizei-, Zoll- und Gerichtswesen. Von Afghanistan bis Irak, vom Kaukasus bis zum Balkan, in West- wie in Ostafrika ist die Entwicklung krimineller Organisationen ein Hindernis für die Herbeiführung stabiler und wohlhabenderer Gesellschaften.

31. Kriminelle Organisationen sind nicht nur Geschöpfe der Unterwelt. Ihr "Geschäft", so blutig es sein mag, überschneidet sich mit legitimen Wirtschaftstätigkeiten. Die Beförderungsmittel, zum Beispiel Container, die für den illegalen Handel benutzt werden, sind dieselben, die auch die legitime Wirtschaft nutzt; oft werden unerlaubte Drogen und andere Schmuggelware nicht mit unregistrierten Schiffen oder nichtgekennzeichneten Flugzeugen, die auf abgelegenen Flugplätzen landen, transportiert, sondern mit Handelsschiffen, über Postsysteme und Kurierdienste – das Verkehrs- und Kommunikationsnetz also, das den Grundpfeiler des Welthandels bildet. Die Erträge aus den illegalen Aktivitäten werden nahezu immer in die legale Wirtschaft investiert. Auf diese Weise verzerrt die organisierte Kriminalität die Märkte. Legale Praktiken werden durch geschäftsfremde Risiken untergraben, und Investitionen und wirtschaftliche Entscheidungen werden verzerrt. Kriminelle Organisationen betreiben ihr Geschäft häufig über "Tarnfirmen", bei denen der Unterschied zwischen legalen und illegalen Geschäften verschwimmt. Derartige Firmen fügen insbesondere neuen Unternehmen durch Preisunterbietungen Schaden zu.

Sie sind dazu in der Lage, weil sie ihre Gewinne aus illegalen Aktivitäten erzielen, und räumen auf diese Weise effektiv die ehrliche Konkurrenz aus dem Weg.

32. In den Entwicklungsländern wirken sich die illegalen Aktivitäten organisierter krimineller Gruppen am nachteiligsten auf die Armen aus, die kaum über die Ersparnisse oder Ressourcen verfügen, um die Kosten zu tragen. Die durch illegale Gewinne genährte Schattenwirtschaft hat zur Folge, dass weniger Staatseinnahmen erzielt werden, mit denen den Bedürfnissen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Altersversorgung und auf anderen Gebieten entsprochen werden kann. Kriminelle Organisationen haben aber auch tiefgreifende Auswirkungen auf die Gemeinwesen, indem sie in diesen kriminelle Wirtschaftsaktivitäten fördern, die die etablierten Systeme der Lokalverwaltung unterminieren. In vielen städtischen Gebieten leben zahlreiche Menschen auf Grund von mit Drogen zusammenhängender Gewalt in ständiger Todesangst, und die Gemeinwesen werden nicht im Konsens, sondern mit Drohung und Einschüchterung regiert. Die organisierte Kriminalität ist eine schwerwiegende Belastung für die Steuerung und Verwaltung städtischer Siedlungen, wo sie sich schwache Lokalverwaltungsstrukturen und -mechanismen zunutze macht und so die öffentliche Investitionstätigkeit, das Ressourcenmanagement und das tägliche Leben der Menschen in den Städten beeinträchtigt.

33. Hinzu kommt der weniger greifbare Aspekt des Problems: die Durchdringung der nationalen Regierungen, der Wirtschaftssektoren, ja sogar des Herzens und des Verstands der Menschen. Fast überall, wo es sie gibt, sind die organisierte Kriminalität und die Korruption auf hoher Ebene miteinander verknüpft und voneinander abhängig, in Bezug auf die Führung von Geschäften ebenso wie bei der Suche nach einem Deckmantel für illegale Aktivitäten. Die Korruption reicht oft in die Regierungen und Parlamente hinein und untergräbt so den Staat und seine Institutionen. Kriminelle Gruppen begehen nicht nur Bestechung, um Schmuggelware (ob Drogen, Waffen oder jede andere illegale Ware) über die Grenzen zu bringen, sondern sie sind auch in umfassendem Maße an politischer Korruption beteiligt. Zunehmender politischer Einfluss für kriminelle Gruppen und eine weniger ausgewogene und faire Rechtspflege sind die Folge. Wenn das Risiko wirksamer staatlicher Gegenmaßnahmen sinkt, lohnt sich Korruption immer mehr. Die Bekämpfung der Korruption ist daher ein fester Bestandteil der Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

34. Wie in Resolution 1373 (2001) des Sicherheitsrats vom 28. September 2001 anerkannt, müssen die Verbindungen zwischen kriminellen Aktivitäten und dem Terrorismus ebenfalls berücksichtigt werden. Desgleichen betonte der Sicherheitsrat in seiner Resolution 1456 (2003) vom 20. Januar 2003, dass Terroristen daran gehindert werden müssen, sich die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, illegale Drogen und den Drogenhandel, Geldwäsche und den unerlaubten Waffenhandel zunutze zu machen. In ihrer extremsten Form sind die Aktivitäten bestimmter krimineller und terroristischer Gruppen nicht voneinander zu unterscheiden. Manche terroristische Gruppen schmuggeln Drogen oder Menschen aus Gründen des Profits, während manche kriminelle Gruppen Terror ausüben, um politische Ziele zu erreichen. In einigen Fällen untergraben die illegalen wirtschaftlichen Aktivitäten terroristischer Gruppen ihre jeweiligen ideologischen Ziele; wenn sich die Mitglieder hauptsächlich auf den Erwerb illegaler Ressourcen konzentrieren, wird die Ideologie gegenüber dem Profit zweitrangig. Häufiger kommt es jedoch vor, dass kriminelle Gruppen "Dienstleistungen" für Terroristen erbringen, indem sie diese gegen Bezahlung mit gefälschten Papieren oder Waffen versorgen. Gleichviel welcher Art die Verbindungen in jedem einzelnen Fall auch sind, in Anbetracht dessen, dass sowohl die organisierte Kriminalität als auch der Terrorismus dieselben Methoden anwenden – zellenähnliche Strukturen, geheime Mitteilungen, Verschiebung von Geldern, Verschwiegenheitskodexe und die Anwendung von Gewalt zur Kontrolle und Einschüchterung –, sind gleich geartete Gegenmaßnahmen erforderlich. Der Aufbau der Strafverfolgungsska-

pazitäten zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und korrupter Praktiken verstärkt somit auch die Fähigkeit zur wirksamen Terrorismusbekämpfung.

35. Der zunehmend globale Charakter der organisierten Kriminalität erfordert eine weltweite, in erster Linie auf eine wirksamere internationale Zusammenarbeit gestützte Reaktion. Der von kriminellen Gruppen betriebene illegale Handel ist per definitionem grenzüberschreitend – in der Tat nutzen sie die Beschränkungen, die den Strafverfolgungsbehörden durch Grenzen auferlegt sind, zu ihrem Vorteil. Der Kampf gegen diese Phänomene muss daher ein länderübergreifendes, regionales und weltweites Unterfangen sein. Das Schlüsselinstrument zur Bekämpfung dieser antisozialen Verhaltensweisen ist das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität⁴, das im September 2003 in Kraft trat und mittlerweile von 82 Staaten ratifiziert wurde. Die Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens trat erstmals im Juli 2004 in Wien zusammen und einigte sich auf einen Arbeitsplan zur Umsetzung des Übereinkommens. Seine drei Zusatzprotokolle sind ebenfalls von großer Bedeutung und richten sich gegen spezifische Ausprägungen der organisierten Kriminalität: das Protokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels⁵, das Protokoll gegen die Schleusung von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg⁶ und das (noch nicht in Kraft befindliche) Protokoll gegen die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen, Komponenten und Munition sowie gegen den unerlaubten Handel damit⁷. Das Übereinkommen legt die Prozesse und Strukturen zur Einleitung und Aufrechterhaltung der Zusammenarbeit fest. Ich lege den Ländern, die dieses wichtige Rechtsinstrument und seine drei Zusatzprotokolle noch nicht ratifiziert haben, eindringlich nahe, dies zu tun und auf diese Weise seine wirksame Umsetzung zu unterstützen. Der Erfolg des Übereinkommens sowie der anderen damit zusammenhängenden Bemühungen um Polizei- und Strafjustizreformen wird von der Gewährung technischer Hilfe an die am stärksten betroffenen Länder abhängen und ein Bekenntnis aller Staaten zur wirksamen Umsetzung des Übereinkommens auf der Grundlage einer Verpflichtung auf die Achtung der Rechtsstaatlichkeit und den Schutz der Menschenrechte erfordern.

36. Das im Dezember 2003 in Mérida (Mexiko) verabschiedete und zur Unterzeichnung aufgelegte Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption⁸ stellt ebenfalls einen maßgeblichen Erfolg dar. Die Unterstützung, die es bislang erhalten hat, gemessen an der Zahl der Länder, die es unterzeichnet haben, deutet sowohl auf ein akutes Bewusstsein der Schwere des Problems hin als auch auf eine bemerkenswerte Entschlossenheit, es zu bekämpfen. Ich rufe die Staaten, die dieses wichtige Rechtsinstrument noch nicht unterzeichnet und ratifiziert haben, auf, dies zu tun. Ein Schwerpunkt des Übereinkommens liegt auf der Prävention, das heißt der Schaffung der institutionellen und regulatorischen Rahmenbedingungen, durch die die Wahrscheinlichkeit korrupter Praktiken von vornherein verringert werden soll. Der Schaffung solcher präventiver Rahmenbedingungen in Gesellschaften, die in gravierendem Maße von Korruption betroffen sind, muss unmittelbare Priorität zukommen. Strafverfolgungen nach dem Zufallsprinzip oder Untersuchungen durch die Medien reichen allein nicht aus, um korrupte Praktiken zu verhüten. Wie in dem Übereinkommen anerkannt wird, muss der erste Schritt auf Systemen, Strukturen und Verfahren aufbauen, die auf Prävention abzielen. Dies erfordert Beiträge und Maßnahmen vieler Stellen und über mehrere Sektoren hinweg.

37. Diese universellen Rechtsinstrumente gewähren einen rechtlichen Rahmen, stimulieren Maßnahmen und bieten einen systematischen Weg, solche Maßnahmen zu organisieren, um die großen Herausforderungen für die weltweite Sicherheit einzudämmen und ihnen entgegenzutreten. Programme zur Beseitigung sozialer Missstände sind definitionsgemäß sektorübergreifend: in Anbetracht des Umfangs und der Tragweite der Herausforderungen gibt es Arbeit für eine Vielzahl von Stellen und Organisationen innerhalb und

außerhalb des Systems der Vereinten Nationen, aufbauend auf ihrem jeweiligen komparativen Vorteil und institutionellen Sachverstand. Eingedenk dessen sowie mit dem Ziel, im gesamten System der Vereinten Nationen ein umfassenderes Vorgehen gegen die organisierte Kriminalität und die Korruption in die Wege zu leiten, billigte der Koordinierungsrat der Leiter der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen im April 2004 mehrere sofortige und mittelfristige Maßnahmen zur wirksameren Bekämpfung der organisierten Kriminalität in einer Reihe von Sektoren, in denen die Organisationen der Vereinten Nationen tätig sind. Unser Ziel ist eine engere Zusammenarbeit, um unsere Wirkungskraft zu erhöhen und der sich weiterentwickelnden Bedrohung durch die grenzüberschreitende Kriminalität und ihre Verbindungen zu Korruption und Terrorismus effektiver begegnen zu können (zu weiteren Einzelheiten siehe E/2004/67).

38. Wir ignorieren die Bedrohung durch die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität auf eigene Gefahr. In einer interdependenten Welt wird der Schaden, den ein Nachbar erleidet, letztendlich auch uns selbst treffen. Die grenzüberschreitende Kriminalität und ihre Auswirkungen achten keine Grenzen, gehen an keinem Gemeinwesen vorbei und lassen das Leben keines einzigen Bürgers unberührt. Ich lege allen Regierungen sowie in weiterreichendem Maße den Institutionen der Zivilgesellschaft eindringlich nahe, die Anstrengungen zu unterstützen, die die Vereinten Nationen unternehmen, um dieser Herausforderung wirksam zu begegnen.

III. Entwicklung

Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele

39. In nur vier Jahren haben die acht aus der Millenniums-Erklärung abgeleiteten Millenniums-Entwicklungsziele das Gesicht der weltweiten Entwicklungszusammenarbeit verändert. Der breite globale Konsens über einen Katalog klarer, messbarer und termingebundener Entwicklungsziele hat ein beispielloses koordiniertes Vorgehen bewirkt, nicht nur innerhalb des Systems der Vereinten Nationen, einschließlich der Bretton-Woods-Institutionen, sondern auch innerhalb der Gebergemeinschaft im weiteren Sinne und am allerwichtigsten in den Entwicklungsländern selbst.

40. Es wird erwartet, dass die Verpflichtung der Regierungen, einzeln wie gemeinsam, auf die Millenniums-Entwicklungsziele und auf deren Einbindung in die nationalen und internationalen Entwicklungsstrategien, -politiken und -maßnahmen zu besseren Ergebnissen für die Entwicklung führen wird. Bei den meisten Zielen sind jedoch keine Ergebnisdaten für die Zeit nach 2002 verfügbar. Darüber hinaus liegt den meisten Projektionen der möglichen Ergebnisse im Jahr 2015 das Jahr 1990 als Ausgangsbasis zugrunde; dabei kommt den Ergebnissen höheres Gewicht zu, die vor der Annahme der Millenniums-Entwicklungsziele und der Einleitung entsprechender Politiken erzielt wurden, was nahe legt, dass die Heranziehung solcher historischer Daten für die Vorhersage künftiger Ergebnisse, namentlich der Situation im Jahr 2015, zu einer ungerechtfertigterweise pessimistischen Sicht der Dinge führt.

41. Von diesem Vorbehalt abgesehen, deuten die bisher verfügbaren Daten darauf hin, dass sich die Entwicklungsländer im Hinblick auf ihre Fortschritte bei der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele grob in drei Gruppen einteilen lassen. Die erste Ländergruppe, die den größten Teil Asiens und Nordafrikas umfasst, befindet sich bei der Halbierung der extremen Armut bis 2015 und bei der Verwirklichung vieler sozialer Zielvorgaben im Rahmen der Millenniumsziele weitgehend auf Kurs. Die zweite Gruppe von Ländern, hauptsächlich in Westasien sowie in Lateinamerika und der Karibik, ist bei der Verwirklichung einiger Ziele, beispielsweise des Ziels der universalen Grundschulbildung,

gut vorangekommen, war jedoch bei der Bekämpfung der Armut weniger erfolgreich. Die dritte Gruppe, hauptsächlich die Länder Afrikas südlich der Sahara, aber auch am wenigsten entwickelte Länder anderer Regionen, ist bei den meisten Zielen noch weit von ausreichenden Fortschritten entfernt.

42. Während sich die Vereinten Nationen auf die fünfjährige Überprüfung der Millenniums-Erklärung vorbereiten, bedarf es einen großen Durchbruchs, wenn die für das Jahr 2015 angepeilten Ziele erreicht werden sollen. Die Entwicklungsländer müssen ihre in der Millenniums-Erklärung und dem Konsens von Monterrey der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung⁹ niedergelegten Verpflichtungen erfüllen, mehr innerstaatliche Ressourcen umzuwidmen und zu mobilisieren, institutionelle Reformen zur Anpassung an die nationalen Prioritäten durchzuführen und eine wirksame, auf nationaler Eigenverantwortung beruhende Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verfolgen, die das Wirtschaftswachstum stimulieren kann. Von besonderer Wichtigkeit ist es, der umfassenderen Verpflichtung auf die Demokratie, die Menschenrechte und eine solide, rechenschaftspflichtige Regierungs- und Verwaltungsführung nachzukommen.

43. Obgleich alle diese Maßnahmen notwendig sind, um die Millenniums-Entwicklungsziele zu verwirklichen, reichen sie doch bei weitem nicht aus. Die entwickelten Länder müssen ebenfalls ihre Verantwortung erfüllen, indem sie die Entwicklungshilfe erhöhen und verbessern, eine neue entwicklungsorientierte Handelsrunde zum Abschluss bringen, weitergehende und umfassendere Schuldenerleichterungen akzeptieren und den Technologietransfer fördern. In der Tat, wenn die der Millenniums-Erklärung zugrunde liegende Vision verwirklicht werden soll, müssen die Millenniumsziele als eine globale Abmachung gesehen werden, die auf gegenseitigen Verpflichtungen und gegenseitiger Rechenschaftspflicht beruht.

Neuorientierung der Entwicklungsstrategien

Entwicklungsländer

44. Innerhalb der Entwicklungsländer gewinnt das Engagement zu Gunsten der Millenniums-Entwicklungsziele immer mehr an Dynamik. Auf regionaler Ebene haben sich zwischenstaatliche Gruppen wie die Afrikanische Union die Ziele zu eigen gemacht, und es wurden fünf regionale Berichte über die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele erstellt, zuletzt für die arabischen Staaten und für Mitteleuropa. Darüber hinaus hat sich der Prozess der Ausarbeitung von Länderberichten über die Millenniums-Entwicklungsziele beschleunigt; bislang wurden 82 Berichte verfasst, und 73 Länder haben mindestens einen Bericht fertiggestellt. Die Verbesserung der prozeduralen, qualitativen und quantitativen Aspekte der Berichte hat sich als ebenso wichtig erwiesen wie die Zunahme der Gesamtzahl. Wurden die Berichte zunächst vorwiegend von kleinen Verfassergruppen erstellt, so umfasst der Prozess in letzter Zeit sowohl die Regierungen, die sich an innerstaatlichen Debatten beteiligen und die Zielvorgaben den nationalen Prioritäten und Gegebenheiten anpassen, als auch die nationalen statistischen Ämter, die zunehmend an der Sammlung und Analyse konkreter Indikatoren beteiligt sind. Infolgedessen herrscht ein stärkeres Gefühl der nationalen Eigenverantwortung und ein gestiegenes Zielbewusstsein. In den meisten Fällen wurden die globalen Millenniums-Entwicklungsziele und Indikatoren den Entwicklungsbedingungen des jeweiligen Landes angepasst, und manche Länder sind sogar so weit gegangen, noch ehrgeizigere Ziele als die Millenniums-Entwicklungsziele festzulegen.

45. Diese Bemühungen haben eine spürbare Wirkung auf der Landesebene, wo viele Regierungen damit beginnen, nationale Strategien auszuarbeiten, die echte, auf die Millenniums-Entwicklungsziele gerichtete Politikveränderungen bewirken. In der Vereinigten

Republik Tansania hat die Regierung mit Hilfe eines von den Vereinten Nationen unterstützten Überwachungssystems für die Millenniums-Entwicklungsziele ihre Armutsbekämpfungsstrategie verstärkt auf die ländliche Entwicklung und die Ernährungssicherung ausgerichtet, was unmittelbar zu einer Verdoppelung der diesjährigen Haushaltsmittel für die Landwirtschaft geführt hat. In Albanien erstellt die Regierung Berichte über die Millenniums-Entwicklungsziele, die in jeder Region eine Ausgangsbasis für künftige Entwicklungsstrategien schaffen. Thailand und Vietnam haben Ziele gesetzt, die über die globalen Millenniumsziele hinausgehen. Jemen, Kambodscha und Mosambik haben die Millenniumsziele ihren nationalen Prioritäten und Gegebenheiten angepasst. Brasilien hat die meisten Millenniums-Entwicklungsziele in seinen Planungsrahmen integriert und konkrete Zielvorgaben für bestimmte Regionen und soziale Gruppen festgelegt. Ägypten hat Fortschritte dabei erzielt, die Millenniumsziele auf lokaler Ebene zu verwirklichen. Die Salomonen und Afghanistan, die sich beide in einer Postkonfliktsituation befinden, orientieren ihre nationalen Entwicklungsstrategien an den Millenniumszielen.

Geberländer

46. Die Geberländer erkennen ihrerseits zunehmend den Nutzen und die Notwendigkeit an, über die Verwirklichung des achten Millenniums-Entwicklungsziels (Entwicklung einer globalen Partnerschaft für Entwicklung) Bericht zu erstatten, um so ihre Glaubwürdigkeit im Hinblick auf die Unterstützung der Millenniumsziele unter Beweis zu stellen und zu unterstreichen, wie wichtig der Grundsatz der Gegenseitigkeit zwischen Geber- und Empfängerländern ist. Dänemark veröffentlichte 2003 als erstes Land seinen Bericht, gefolgt von den Niederlanden im Mai 2004 und Schweden im Juni 2004. Andere Geberländer, darunter Belgien, Finnland, Kanada, Norwegen und das Vereinigte Königreich, haben die Absicht bekundet, ihre Berichte in Kürze zu veröffentlichen. Im Rahmen einer weiteren ermutigenden Initiative hat die Europäische Union (EU) beschlossen, für die "internationale Bestandsaufnahme" über die Millenniums-Entwicklungsziele im Jahr 2005 einen konsolidierten Bericht zum siebenten Ziel (ökologische Nachhaltigkeit) und zum achten Ziel (Entwicklungshilfe, Abbau von Handelsschranken und Schuldenerleichterungen) zu erstellen. Willkommen wären auch Schritte im Hinblick auf eine gemeinsame Berichterstattung über den Ausschuss für Entwicklungshilfe (DAC) der OECD, wobei die Mitgliedstaaten die von ihnen gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse austauschen, ein einheitliches Berichterstattungsformat beschließen und die Millenniumsziele stärker in den Mittelpunkt rücken könnten. Obwohl die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe entweder direkt oder indirekt der Minderung der Armut gewidmet ist, wurden etwa 43 Prozent beziehungsweise knapp 24 Milliarden Dollar der gesamten jährlichen Entwicklungshilfe in Höhe von mehr als 55 Milliarden Dollar für den Zeitraum 2001/2002 speziell zur Verwirklichung der Millenniumsziele eingesetzt. Beispielsweise flossen von diesem Gesamtbetrag mehr als 1 Milliarde Dollar in den Bereich Grundschulbildung, mehr als 1,2 Milliarden Dollar wurden der Bekämpfung von HIV/Aids gewidmet, etwa 2,1 Milliarden Dollar kamen Programmen zur Sicherung ökologischer Nachhaltigkeit zugute, und nahezu 5,1 Milliarden Dollar flossen in die Schuldenerleichterung.

System der Vereinten Nationen

47. Die Millenniums-Entwicklungsziele haben außerdem durch eine Verbesserung der Kohärenz und der Koordinierung auf Landesebene die Art und Weise verändert, in der sich die Vereinten Nationen mit Entwicklungsfragen befassen. Insbesondere die Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklungsfragen hat ihre Arbeit neu an den Millenniumszielen ausgerichtet und neue Leitlinien für die Entwicklungshilfe-Programmrahmen der Vereinten Nationen ausgearbeitet. Die Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten im Sekretariat der Vereinten Nationen trägt zum Aufbau der einzelstaatlichen statistischen Kapazitäten und zur Erfassung solider, zuverlässiger und vergleichbarer Daten bei, die für die Ausarbeitung und Durchführung von Strategien zur Verwirklichung der

Millenniumsziele unerlässlich sind. Allgemein lässt sich sagen, dass die Millenniumsziele den Folgeprozessen wichtiger Konferenzen und Gipfeltreffen der Vereinten Nationen neue Schubkraft verliehen haben, darunter der Erklärung und der Aktionsplattform von Beijing¹⁰, dem Durchführungsplan des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung¹¹, dem Brüsseler Aktionsprogramm für die am wenigsten entwickelten Länder für die Dekade 2001-2010¹², der Verpflichtungserklärung zu HIV/Aids¹³ und dem Aktionsprogramm für die nachhaltige Entwicklung der kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern¹⁴. Auch die Regionalkommissionen sind an die Überwachung der Millenniums-Entwicklungsziele beteiligt, und sie werden in Zusammenarbeit mit anderen Stellen der Vereinten Nationen Regionalbeurteilungen für 2005 erstellen.

48. Desgleichen ziehen viele Organisationen der Vereinten Nationen den durch die Millenniums-Entwicklungsziele vorgegebenen Rahmen zur Überwachung ihrer eigenen Tätigkeiten heran; Beispiele hierfür sind das Programm "Bildung für alle" der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), die Überwachung der Gesundheit von Kindern und Müttern durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und die Messung von Ergebnissen auf den Gebieten Ernährungssicherheit, Hunger, Ernährung und Beseitigung der ländlichen Armut durch die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), den Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) und das Welternährungsprogramm (WFP). Die Organisationen und Programme verwenden die Millenniumsziele außerdem als Richtschnur für ihre allgemeine Berichterstattungs- und Analysetätigkeit, wie es sich beispielsweise im jährlichen *Weltgesundheitsbericht* der WHO und dem vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) herausgegebenen *Bericht über die menschliche Entwicklung* niederschlägt.

49. Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) benutzen ebenso die Millenniums-Entwicklungsziele als einen Rahmen für ihre Tätigkeit und haben in Abstimmung mit der Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklungsfragen ein gemeinsames Konzept für die auf Landesebene vorgenommenen Bewertungen der Maßnahmen entwickelt, die für die Verwirklichung der Millenniumsziele im Kontext der Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung und der nationalen Entwicklungsstrategien erforderlich sind. Diese Tätigkeit konzentriert sich zum großen Teil auf das Millenniums-Projekt, das Hunderte von Entscheidungsträgern, Praktikern und Sachverständigen in 10 Arbeitsgruppen zusammenführt, um neue Strategien zur Verwirklichung der Millenniumsziele festzulegen. Im Rahmen des Projekts wird erforscht und analysiert, welche institutionellen Reformen, Investitionen und sonstigen Maßnahmen erforderlich sind, um die Anstrengungen zur Verwirklichung der Millenniumsziele zu verstärken. Zu seinen Kernaufgaben gehört die Zusammenarbeit mit einer ausgewählten Gruppe von Landesteams der Vereinten Nationen, der Weltbank und anderen Partnern, um den Regierungen dabei zu helfen, das Strategiedokument zur Armutsbekämpfung (oder ein gleichwertiges grundsatzpolitisches Dokument) mit einer langfristigen, bedarfsgesteuerten Strategie zur Verwirklichung der Millenniumsziele im Rahmen der für den Termin 2015 erforderlichen zehnjährigen Planungshorizonte in Einklang zu bringen. Der Schlussbericht des Projekts wird dem Generalsekretär Anfang 2005 vorgelegt.

50. Zur Ergänzung dieser Bemühungen im Bereich der Forschung und Politikanalyse mobilisiert derzeit die Millenniums-Kampagne politische Unterstützung zu Gunsten der Millenniums-Erklärung; parlamentarische Netzwerke, Kommunen, Medien, religiöse Organisationen, Jugendorganisationen, die Zivilgesellschaft und andere Bewegungen, die weit über das System der Vereinten Nationen hinausgehen, wirken an dieser Kampagne mit. Im Jahr 2003 und Anfang 2004 fanden in Lateinamerika, Afrika, Asien und den arabischen Ländern auf subregionaler und einzelstaatlicher Ebene mehrere Konsultationen mit der Zivilgesellschaft und anderen Partnern in den Entwicklungsländern statt, mit dem

Ziel, breite Koalitionen zur Förderung der Millenniums-Entwicklungsziele zu bilden. Außerdem finden die Millenniumsziele wachsende Unterstützung in den entwickelten Ländern, insbesondere in Europa; dort wird eine breite, von der Zivilgesellschaft getragene Koalition gebildet, die sich unter dem gemeinsamen Slogan "Armut muss Geschichte werden" insbesondere mit der bevorstehenden fünfjährigen Überprüfung der Millenniums-Erklärung befassen wird. Diese Kampagnen werden in allen Fällen von einzelstaatlichen und regionalen Akteuren gesteuert und getragen, wobei der Millenniums-Kampagne die Funktion eines Moderators zukommt, der Treffen organisiert und für den Austausch von Informationen sorgt.

Fortschritte bei der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele

51. Trotz der stärkeren Unterstützung für die Millenniums-Entwicklungsziele und einiger ermutigender Tendenzen auf regionaler und subregionaler Ebene sind die Leistungen auf globaler Ebene verbesserungsfähig. Manche Regionen und Länder konnten bisher bei keinem der Ziele nennenswerte Fortschritte erreichen. Viele Länder in Afrika südlich der Sahara werden besondere Unterstützung benötigen, damit sie ihre Fortschritte ausreichend beschleunigen können, sodass ein Aufholen möglich wird. Tatsächlich sind viele dieser Länder in einer Armutsfalle gefangen, in der die durch ein hohes Bevölkerungswachstum verschärfte Knappheit der einheimischen Ressourcen die öffentlichen und privaten Investitionen sowie die öffentlichen Ausgaben für soziale Dienste und für die Entwicklungsverwaltung einschränkt, die für ein Entkommen aus dieser Falle unverzichtbar sind.

Ziel 1

Beseitigung der extremen Armut und des Hungers

52. Die Fortschritte bei der Verwirklichung von Ziel 1 sind nach wie vor ungleichmäßig, und in vielen Ländern hat sich die Lage verschlechtert. Während große Teile Ost-, Südost- und Südasiens sowie Nordafrikas weitgehend auf Kurs sind, gab es in Afrika südlich der Sahara sowie in Lateinamerika und der Karibik geringe oder gar keine Fortschritte, und in Westasien stieg die Armut sogar an. Wie schon 1990 kämpfte auch im Jahr 2001 beinahe die Hälfte der Bevölkerung Afrikas südlich der Sahara mit 1 Dollar pro Tag oder weniger um ihr Überleben. Das Armutslücken-Verhältnis ist in dieser Region fast dreimal so hoch wie in Südasien, der nächstärmsten Region.

53. In den 1990er Jahren ging der Anteil der Hunger leidenden Bevölkerung in den Entwicklungsländern Ost- und Südasiens sowie Lateinamerikas und der Karibik zurück. Auch in Südasien verringerte sich dieser Anteil, jedoch nicht schnell genug, um die Verwirklichung der Zielvorgabe zu gewährleisten. In Afrika konnte die Nahrungsmittelproduktion seit 1980 kaum mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten, was auf die Erschöpfung der Bodennährstoffe, den Rückgang der pro Kopf zur Verfügung stehenden anbaufähigen Flächen und die hohen Bevölkerungswachstumsraten zurückzuführen war. In Westasien stieg der Anteil der Hungernden an der Gesamtbevölkerung an.

Ziel 2

Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung

54. Bei der Verwirklichung von Ziel 2 verzeichneten alle Entwicklungsregionen im Zeitraum zwischen 1990/91 und 2001/02 einen Anstieg der Nettoeinschulungsquoten im Primarschulbereich, doch Afrika südlich der Sahara, Südasien und Ozeanien liegen weiter unter dem Zielwert. Darüber hinaus besuchen noch immer 121 Millionen Kinder, 65 Millionen davon Mädchen, keine Schule; ihr Anteil ist in Afrika, Südasien und den am wenigsten entwickelten Ländern unverhältnismäßig hoch. Dass Erfolge möglich sind, hat

sich zwischen 1990 und 2000 in Benin, Eritrea, Gambia, Malawi, Mali, Ruanda, Senegal und Togo gezeigt, wo die Nettoeinschulungsquoten im Primarschulbereich erheblich angestiegen sind, doch sind noch weitaus mehr Anstrengungen erforderlich.

Ziel 3

Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frau

55. Im Hinblick auf Ziel 3 wird die Zielvorgabe, bis 2005 die Parität von Mädchen und Jungen in der Grund- und Sekundarschulbildung zu verwirklichen, in den meisten Regionen mit Ausnahme Afrikas südlich der Sahara und Süd- und Westasiens (das bis 2010 aufholen könnte) ganz oder nahezu erreicht. Die Einschulung von Mädchen stieg in allen Regionen schneller an als die Einschulung von Jungen, und das Verhältnis Mädchen/Jungen in den Grundschulen verbesserte sich zwischen 1990 und 2000 in Ländern wie Bangladesch, Gambia, Mauretanien, Nepal und Sudan in beeindruckender Weise. Dennoch besuchen in Afrika südlich der Sahara und in Südasien insgesamt mehr als 20 Prozent weniger Mädchen als Jungen eine Sekundarschule.

56. Bei anderen Indikatoren unter Ziel 3 sind die Fortschritte weiter unzureichend. Der Frauenanteil an den nichtselbständigen Erwerbstätigen hat sich in allen Regionen seit 1990 kaum verändert und liegt weit unter dem der Männer, mit Ausnahme Lateinamerikas und der Karibik, wo 43 Prozent der entgeltlich Beschäftigten heute Frauen sind, und Ostasiens, wo ihr Anteil 40 Prozent beträgt. Frauen sind in den einzelstaatlichen Parlamenten der meisten Regionen nach wie vor stark unterrepräsentiert. Lediglich in den skandinavischen Ländern haben Frauen 40 Prozent der Sitze inne; in 14 Ländern haben sie einen Sitzanteil von 30 Prozent oder mehr und in Nordafrika, Süd- und Westasien und in Ozeanien liegt ihr Anteil unter 10 Prozent.

Ziel 4

Senkung der Kindersterblichkeit

57. Die Fortschritte bei der Verwirklichung von Ziel 4 entsprachen in Nordafrika, Lateinamerika und der Karibik sowie in Südostasien ganz oder beinahe den Vorgaben, in Südasien lagen sie jedoch darunter, und in Westasien, Afrika südlich der Sahara und Ozeanien gab es so gut wie keine Fortschritte. Die Sterblichkeitsrate bei Kindern unter fünf Jahren ist in Afrika südlich der Sahara mit geschätzten 174 Todesfällen pro 1.000 Lebendgeburten nach wie vor am höchsten und damit fast doppelt so hoch wie in Südasien, der Region mit der nächsthöchsten Rate, und mehr als 20-mal so hoch wie in den entwickelten Regionen.

Ziel 5

Verbesserung der Gesundheit von Müttern

58. Was die Verwirklichung von Ziel 5 betrifft, so sind die Schätzungen der Müttersterblichkeit so unsicher, dass eine klare Trendbewertung nicht möglich ist. Jüngste Schätzungen deuten weiter auf erschreckend hohe Müttersterblichkeitsraten in Afrika südlich der Sahara und in Südasien hin: Von weltweit schätzungsweise 529.000 Todesfällen von Müttern im Jahr 2000 entfielen 445.000 auf diese beiden Regionen. Am höchsten war die Müttersterblichkeitsrate in Afrika südlich der Sahara, mit 920 Todesfällen von Müttern pro 100.000 Lebendgeburten, gefolgt von Südasien mit 520 Todesfällen von Müttern pro 100.000 Lebendgeburten. Die jüngsten Daten über den Anteil der von medizinischem Fachpersonal begleiteten Geburten, ein entscheidend wichtiger Faktor für die Senkung der Müttersterblichkeit, verweisen auf erhebliche Verbesserungen in Nordafrika und in Ost- und Südostasien; das südliche Zentralasien mit nur 35 Geburtshelfern pro 100 Geburten weist die niedrigste Rate auf.

*Ziel 6**Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten*

59. Die Verwirklichung von Ziel 6, mit dem angestrebt wird, die Ausbreitung von HIV/Aids und anderen schweren Krankheiten, insbesondere Malaria und Tuberkulose, zum Stillstand zu bringen, erhielt mehr politische und finanzielle Unterstützung seitens der Geber, doch bleiben die jährlich bereitgestellten Mittel erheblich hinter dem geschätzten Bedarf von 12 Milliarden Dollar für 2005 und von 20 Milliarden Dollar für 2006 zurück. 2003 wurden insgesamt 4,7 Milliarden Dollar aufgewandt, verglichen mit 1,7 Milliarden Dollar im Jahr 2002. Dennoch sind die Verwirklichungsmaßnahmen und die einzelstaatlichen Zusagen nach wie vor unzureichend, und die Welt ist immer noch weit von einem Durchbruch entfernt. Wie der Welt-Aids-Bericht 2004 zeigt, gibt es keine Region, in der das HI-Virus nicht eine potenzielle ernste Gefahr für die Bevölkerung darstellen würde, und fast kein Land, in dem die Ausbreitung von HIV/Aids endgültig zum Stillstand gebracht worden wäre.

60. Die 2004 erstmalig verfügbaren Trendangaben über die Verbreitung von Aids und die damit verbundenen Todesfälle lassen erkennen, dass die Anzahl der mit HIV/Aids lebenden Menschen zwischen 2001 und 2003 von 35 auf 38 Millionen gestiegen ist, wobei es im Jahr 2003 mit schätzungsweise 4,8 Millionen mehr Neuinfektionen als in allen vorangegangenen Jahren gab. In den meisten Ländern Afrikas südlich der Sahara geht die Pandemie ungebrochen weiter, in Osteuropa erreicht sie inzwischen epidemische Ausmaße, und in Südasien beginnt sie sich rasch in der allgemeinen Bevölkerung auszubreiten. Erfolgreiche Gegenmaßnahmen und Präventionsprogramme bleiben nach wie vor weit hinter dem Bedarf zurück, und die schieren Ausmaße des Problems lösen einen verheerenden Dominoeffekt auf die allgemeineren Gesundheits-, Armuts-, Bildungs- und Hungerindikatoren und sogar auf die Kapazitäten zur Staats- und Verwaltungsführung selbst aus.

61. Die Epidemie ist noch immer in Afrika, vor allem im südlichen Afrika, am schlimmsten, wo 2002/2003 in den Hauptstädten 24 bis 39 Prozent der 15- bis 24-jährigen Schwangeren mit dem Virus infiziert waren. Von schätzungsweise 2,9 Millionen aidsbedingten Todesfällen im Jahr 2003 entfielen 2,2 Millionen auf Afrika südlich der Sahara, wo nur schleppende Fortschritte erzielt wurden. Wo die erforderlichen Präventions-, Test- und Kontrollprogramme beschlossen wurden, beispielsweise in Uganda, wurden Fortschritte erzielt, und die Ausbreitung der Infektion, gemessen in zwei Ambulanzen für Schwangerebetreuung in Kampala, nahm ab.

62. Was einen weiteren Schlüsselbereich betrifft, so gibt es keine Anzeichen für einen Rückgang der Malaria. Auch hier ist Afrika südlich der Sahara die am stärksten betroffene Region. Auch die Infektionsraten mit Tuberkulose steigen in dieser Region an, und in den meisten anderen Regionen konnten sie nur geringfügig gesenkt werden.

63. Ausbrüche neuer und erneut auftretender Krankheiten bedeuten ebenfalls eine weltweite Gesundheitsbedrohung, die schwerwiegende Folgen für alle Millenniums-Entwicklungsziele nach sich ziehen könnte. Um solchen Bedrohungen zu begegnen, arbeiten die WHO und andere Partner aus dem System der Vereinten Nationen mit Regierungen zusammen, vor allem in den am wenigsten entwickelten Ländern, um den Bereitschaftsgrad der innerstaatlichen Gesundheitssysteme durch Kapazitätsaufbau, Informationsaustausch und andere Maßnahmen, darunter auch den Aufbau von Labor- und epidemiologischen Kapazitäten, zu verbessern. Auf globaler Ebene führen neue Initiativen wie etwa das Globale Netz für Seuchenwarnung und -bekämpfung über 120 Partner zusammen, die rasch hochwertige technische Unterstützung gewähren. Es wurde deutlich, dass die Internationalen Gesundheitsvorschriften der WHO, die den weltweiten ordnungspolitischen

Rahmen für Fragen der globalen Gesundheitssicherung und der Seuchenwarnung und -bekämpfung bilden, gestärkt und an die Realität der Gesundheitsprobleme des 21. Jahrhunderts angepasst werden müssen.

Ziel 7

Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit

64. Bei der Verwirklichung von Ziel 7 sind die Fortschritte gemischt. Zwar sind die vorliegenden Daten über Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung nach wie vor unvollständig, doch waren in allen Regionen gewisse Fortschritte zu verzeichnen. In den Städten haben praktisch alle Menschen Zugang zu besserem Trinkwasser, mit Ausnahme Afrikas südlich der Sahara und Ozeaniens, wo dieser Zugang rückläufig war. Auch beim Trinkwasserzugang in ländlichen Gebieten erreichten alle Regionen beträchtliche Verbesserungen, aber nur in wenigen Ländern vollzogen sich die Verbesserungen rasch genug, um die Zielvorgabe erreichen zu können. Zwar gab es bei der Erreichung des für die Abwasserentsorgung gesteckten Ziels erhebliche Fortschritte, aber dennoch hatten im Jahr 2000 weltweit immer noch 2,6 Milliarden Menschen keinen Zugang zu einer verbesserten Abwasserentsorgung. Die Generalversammlung trug diesen Herausforderungen in ihrer Resolution 58/218 Rechnung und erklärte den Zeitraum 2005-2015 zur Internationalen Aktionsdekade "Wasser – Quelle des Lebens", und der Generalsekretär setzte den Beirat für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung ein, der Aktionen und Finanzmittel für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung mobilisieren helfen und neue Partnerschaften fördern soll.

65. Auch Regionen, die bei der Verwirklichung vieler anderer Ziele beachtliche Fortschritte verzeichnen konnten, beispielsweise Teile Asiens, weisen in der Regel bei Umweltfragen eine schlechtere Bilanz auf. Die Anzahl der Naturschutzgebiete hat in allen Regionen zugenommen, doch war in manchen Teilen der Welt ein Rückgang der Waldbedeckung, insbesondere in tropischen Regenwäldern, zu verzeichnen. Der Energieverbrauch und der Kohlendioxidausstoß pro Kopf sind in den Entwicklungsländern angestiegen, jedoch in den Transformationsländern mit dem Rückgang der Industrieproduktion in den 1990er Jahren gesunken. Ozonabbauende Fluorchlorkohlenwasserstoffe werden weltweit so gut wie nicht mehr verwendet.

66. Die Fortschritte bei der Durchführung der internationalen Übereinkommen sind sehr unterschiedlich. Das Protokoll von Kyoto¹⁵ zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen¹⁶ wurde von 120 Ländern ratifiziert, kann jedoch erst in Kraft treten, wenn entweder die Russische Föderation oder die Vereinigten Staaten es ebenfalls ratifizieren. Das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung in den von Dürre und/oder Wüstenbildung schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika¹⁷, wurde 1994 verabschiedet und trat 1996 in Kraft, seine Durchführung wird jedoch durch mangelnde Finanzmittel behindert. Erfreulicher sieht es beim Übereinkommen über die biologische Vielfalt¹⁸ aus; hier haben die Verabschiedung messbarer Indikatoren und konkreter Ziele zur Verringerung der gegenwärtigen Rate des Artenschwunds bis 2010 und das Inkrafttreten des Protokolls von Cartagena über die biologische Sicherheit¹⁹ im September 2003 Fortschritte in Richtung auf die vollständige Durchführung bewirkt. In der Frage der Entwaldung und der Walddegradation wurden in neun internationalen Prozessen unter Beteiligung von 150 Ländern mit 85 Prozent der Waldflächen der Erde Fortschritte bei der Ausarbeitung von Kriterien und Indikatoren für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung erzielt. Die für Januar 2005 in Kobe (Japan) anberaumte zweite Weltkonferenz für Katastrophenvorbeugung soll zur Intensivierung der Zusammenarbeit und dadurch zur Verringerung der Anzahl und der Auswirkungen natürlicher und anthropogener Katastrophen beitragen, insbesondere durch die Internationale Katastrophenvorbeugungsstrategie.

Aufbau einer starken weltweiten Partnerschaft

Ziel 8

Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

67. Eine entscheidende Voraussetzung für die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele ist das Ziel 8, in dem die entwickelten Länder zugesagt haben, ihre früher eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen und die von den Entwicklungsländern nach Treu und Glauben unternommenen Anstrengungen zur Verwirklichung der ersten sieben Ziele zu unterstützen, indem sie Handelsschranken abbauen, die Schuldenerleichterung ausweiten und die Entwicklungshilfe verstärken. Es hat gewisse Fortschritte gegeben, vor allem bei den Entwicklungshilfeleistungen, aber der Umfang der gewährten Unterstützung bleibt nach wie vor weit hinter dem Bedarf zurück.

68. Im Bereich des Handels führte das Scheitern der Verhandlungen auf der Ministertagung der Welthandelsorganisation (WTO) in Cancún (Mexiko) über die Doha-Runde der Handelsverhandlungen, die zum ersten Mal die Bedürfnisse und Interessen der armen Länder in den Mittelpunkt der Handelsagenda stellte, zu einem zehnmonatigen Stillstand und damit zu einem gravierenden Rückschlag in den Bemühungen, faire Voraussetzungen zu schaffen, in deren Rahmen die Entwicklungsländer ihre Wettbewerbsvorteile, vor allem in Bereichen wie Landwirtschaft und Textilien, nutzen können. Nach der am 31. Juli erfolgten Einigung der 147 Mitgliedsregierungen der WTO auf einen neuen Rahmen haben sich die Aussichten für die Doha-Runde erheblich verbessert. Insbesondere kamen die WTO-Mitgliedsregierungen zum ersten Mal überein, alle Formen von Ausfuhrsubventionen für landwirtschaftliche Erzeugnisse bis zu einem bestimmten Datum abzuschaffen und eine handelsverzerrende inländische Agrarförderung abzubauen. Schätzungen der Weltbank zufolge würde ein Abbau der Handelsschranken und Agrarsubventionen der entwickelten Länder den globalen Wohlstand um etwa 120 Milliarden Dollar mehrden. Es gilt nun, den neuen Rahmen in ein festes Übereinkommen umzuwandeln, das dieses große Versprechen an die Entwicklungsländer einlöst.

69. Jüngste Initiativen zur Verbesserung des Marktzugangs, wie etwa die Initiative der Europäischen Union "Alles außer Waffen" sowie das Gesetz der Vereinigten Staaten betreffend Wachstum und Chancenförderung in Afrika, stellen ebenfalls einen gewissen Fortschritt dar. So haben insbesondere die Ausfuhren von Bekleidung aus einigen afrikanischen Ländern in die Vereinigten Staaten enorm zugenommen, doch insgesamt gesehen fallen diese Entwicklungen noch nicht wirklich ins Gewicht.

70. Der langfristige Abwärtstrend und die hohen Preisschwankungen bei nicht-energetischen Rohstoffen stellen die Ausfuhrländer weiterhin vor große Herausforderungen. Die internationale Gemeinschaft sollte sich verstärkt darum bemühen, diese Probleme durch die Verbesserung bestehender Mechanismen und die Prüfung neuer Konzepte zu beheben.

71. Bei der Schuldenerleichterung hatten von den 37 am wenigsten entwickelten Ländern, die im Rahmen des Schuldenerleichterungsprogramms für hochverschuldete arme Länder als zugangsberechtigt eingestuft sind, im April 2004 13 den "Abschlusspunkt" und 14 den "Entscheidungspunkt" erreicht. Dies war zum Teil der Grund dafür, dass in diesen Ländern das Verhältnis Schulden/Bruttonationaleinkommen zwischen 1997 und 2002 von 109 Prozent auf 86 Prozent zurückging. Das Verhältnis Schulden/Ausfuhren ging im gleichen Zeitraum zwar in allen Entwicklungsregionen zurück, doch liegt es in Lateinamerika, der Karibik und in Afrika südlich der Sahara weiter über dem Schwellenwert von 150 Prozent, ab dem ein Land als "hochverschuldetes armes Land" bezeichnet wird. Selbst bei mehreren Ländern, die den Abschlusspunkt erreicht haben, ist die Schuldentragfähig-

keit nicht gewährleistet. Wenn Länder nachweislich Einsparungen aus der Schuldenerleichterung genutzt haben, um Investitionen in Schwerpunktbereiche der Millenniums-Entwicklungsziele, beispielsweise Gesundheit oder Bildung, zu tätigen, sollte die Schuldenerleichterung beschleunigt werden. Darüber hinaus spricht vieles dafür, die Zugangsberechtigung zu dem Programm für hochverschuldete arme Länder auf einige größere Länder mit mittlerem Einkommen auszudehnen, die vor einer akuten Schuldenkrise stehen.

72. Bei der Entwicklungshilfe zeichnet sich ein sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht positiver Trend ab, doch muss noch erheblich mehr getan werden. Einerseits gab es bei allen Gebern und Institutionen ermutigende Fortschritte bei der Straffung von Verfahren und der Harmonisierung von Praktiken. Die Erklärung von Rom über Harmonisierung, die auf dem im Februar 2003 abgehaltenen Harmonisierungsforum auf hoher Ebene verabschiedet wurde, kam zum richtigen Zeitpunkt, denn sie fiel mit dem Übergang der Trägerschaft für Entwicklungsprogramme auf die jeweiligen Länder zusammen. Bei der Weiterverfolgung dieses neuen Konzepts müssen die Geber jedoch einen kollektiven "Fahrplan" beschließen und durchführen, aus dem hervorgeht, wie sie bis September 2005 die Koordinierung verbessern und die den Empfängerländern auferlegten Transaktionskosten verringern wollen.

73. Die OECD/DAC-Mitgliedsländer erhöhten den Gesamtstrom der öffentlichen Entwicklungshilfe für die Entwicklungsländer zwischen 2002 und 2003 real um 3,9 Prozent (2,3 Milliarden Dollar). Dies bedeutet einen Rückgang gegenüber der realen Steigerung der öffentlichen Entwicklungshilfe von 2001 auf 2002 um 7 Prozent, in absoluten Zahlen jedoch erreichte die öffentliche Entwicklungshilfe der DAC-Länder im Jahr 2003 68,5 Milliarden Dollar, eine Zahl, die zwar durch die Dollarentwertung leicht verzerrt ist, aber dennoch einen sowohl nominalen als auch realen Höchststand darstellt. Er entspricht 0,25 Prozent des gesamten Bruttonationaleinkommens der Geberländer; eine Steigerung gegenüber den 0,23 Prozent im Jahr 2002 und den 0,22 Prozent im Jahr 2001.

74. Diese Fortschritte waren zum großen Teil landesspezifisch, wobei der Anstieg der öffentlichen Entwicklungshilfe um 2,3 Milliarden Dollar auf den Beginn der Wiederaufbauhilfe für Irak (2 Milliarden Dollar) und die kontinuierliche Zunahme der allgemeinen bilateralen Zuschüsse (2 Milliarden Dollar) zurückzuführen war; dem standen jedoch sinkende Beiträge zu multilateralen konzessionären Fonds (-1,2 Milliarden Dollar) und ein Rückgang der Nettokredite um 0,5 Milliarden Dollar gegenüber. In absoluten Zahlen sind die Vereinigten Staaten der größte Entwicklungshilfegeber, jedoch haben nur Dänemark, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und Schweden das von den Vereinten Nationen festgelegte Ziel erreicht, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungshilfe aufzuwenden. Fünf weitere Länder haben sich zur Erreichung des 0,7-Prozent-Ziels verpflichtet: Irland bis 2007, Belgien bis 2010, Frankreich und Spanien bis 2012 und das Vereinigte Königreich bis 2013.

75. Würden alle Verpflichtungen, die die Geber seit der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Monterrey eingegangen sind, erfüllt, so würde die öffentliche Entwicklungshilfe bis 2006 um rund 20 Milliarden Dollar über den Stand von 2001 ansteigen. Dies ist zwar ermutigend, muss jedoch relativiert werden. Einerseits stellt ein großer Teil dieses Anstiegs lediglich ein "Aufholen" nach einer langen Periode des Rückgangs dar, denn die meisten der am wenigsten entwickelten Länder und Afrika als Ganzes erhalten pro Kopf nach wie vor zwischen einem Fünftel beziehungsweise einem Drittel weniger Entwicklungshilfe als zu Beginn der 1990er Jahre. Laut dem Bericht der Hocharangigen Gruppe für Entwicklungsfinanzierung unter der Leitung des ehemaligen Präsidenten Mexikos, Ernesto Zedillo, an die Konferenz von Monterrey (siehe A/55/1000, Anhang) werden die Entwicklungsländer, selbst wenn sie solide Politiken verfolgen und ihre Inlandsressourcen bestmöglich nutzen, voraussichtlich zusätzliche Entwicklungshilfe in

Höhe von mindestens 50 Milliarden Dollar pro Jahr benötigen, um die Millenniums-Entwicklungsziele verwirklichen zu können. Während innovative Ideen wie die vom Vereinigten Königreich angeregte internationale Finanzfazilität mögliche Lösungen aufzeigen können, ist für die Entwicklungsländer nicht das Wie, sondern das Wann entscheidend. Wenn sie keine ausreichende Hilfe erhalten, werden sie ungeachtet ihrer sonstigen Schritte die Ziele schlichtweg nicht verwirklichen können.

76. Da bis zum Zieldatum von 2015 nur noch 11 Jahre verbleiben, wird das Jahr 2005 vor allem für Afrika von entscheidender Bedeutung sein. Die Überwindung der Armut wird ein weitaus umfangreicheres und ambitionierteres Handeln erfordern: mehr Strategien und Politiken unter nationaler Trägerschaft, stärkere Institutionen, breiter angelegte partizipatorische Prozesse, gezielte Investitionen in die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur und mehr einheimische und externe Ressourcen. Realistischerweise muss all dies sehr bald geschehen, wenn die gesteckten Ziele erreicht werden sollen.

77. Selbst in den ärmsten Ländern sind die Millenniums-Entwicklungsziele technisch durchaus noch zu verwirklichen, aber das Zeitfenster schließt sich rasch, und immer noch fehlt es weitgehend am politischen Willen. Die fünfjährige Überprüfung der Millenniums-Erklärung bietet möglicherweise die letzte realistische Gelegenheit, die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um die enorme Dynamik der letzten Jahre noch weiter zu beschleunigen und die Millenniums-Entwicklungsziele zu verwirklichen. Wir müssen diese Gelegenheit wahrnehmen.

IV. Schutz der Schwächeren

Millenniums-Entwicklungsziele, Risikominderung und komplexe Krisen: humanitäre Verknüpfungen herstellen

78. In der Millenniums-Erklärung verpflichteten sich die Führer der Welt, sicherzustellen, dass "Kinder und alle Mitglieder der Zivilbevölkerung, die den Folgen von Naturkatastrophen, Völkermord, bewaffneten Konflikten und anderen humanitären Notsituationen unverhältnismäßig stark ausgesetzt sind, in jeder Hinsicht Hilfe und Schutz erhalten, damit sie so bald wie möglich wieder ein normales Leben führen können"²⁰. Die in der Erklärung eingegangenen Verpflichtungen zum Schutz der Schwächeren haben nichts von ihrer Bedeutung verloren, wenn die vor vier Jahren auf dem Millenniums-Gipfel zum Ausdruck gebrachte Vision einer friedlicheren, wohlhabenderen und gerechteren Welt Wirklichkeit werden soll.

Hilfe für Schutzbedürftige in Notsituationen

79. Hilfsmaßnahmen zur Milderung der Schadenswirkungen von Katastrophen und Krisen sind ein entscheidender Teil der Bemühungen um die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Schließlich sind es die Armen, die Schwachen und die Unterdrückten, die am meisten von der Schädigung der Umwelt, von Naturgefahren oder vom Ausbruch gewaltsamer Konflikte betroffen sind. Sie sind es auch, die am meisten Gefahr laufen, unter den Folgen zu leiden – indem sie getötet oder vertrieben werden und indem sie die Entwicklungsfortschritte systematisch wieder verlieren.

80. Die schrecklichen Folgen von Katastrophen, die durch Umweltgefahren ausgelöst werden, werden nach wie vor zu einem unverhältnismäßig hohen Anteil von den Armen der Welt getragen. Allein im Jahr 2003 wurden 600 Millionen Menschen durch 700 Naturereignisse geschädigt, was zu wirtschaftlichen Verlusten von über 65 Milliarden

Dollar führte. Schätzungsweise 75.000 Menschen kamen bei diesen Katastrophen ums Leben – 30.000 starben innerhalb von Sekunden bei den Erdbeben in Algerien im Mai 2003 und in Bam (Islamische Republik Iran) im Dezember 2003.

81. Einige neue Trends deuten darauf hin, dass solche Gefahren immer häufiger auftreten werden und die Anfälligkeit dafür weiter zunehmen wird. Das Erdklima wird sich in den kommenden Jahrzehnten höchstwahrscheinlich ändern, was auf die durch menschliches Handeln und die Kurzsichtigkeit staatlicher Politik verursachte höhere Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre zurückzuführen ist. Des Weiteren besteht die Gefahr eines Anstiegs des Meeresspiegels sowie stärkerer Schwankungen bei Regenfällen und Temperaturen, die zu Überschwemmungen, Dürren, Hurrikanen und Wirbelstürmen führen. Es ist mit nachteiligen sozioökonomischen Ergebnissen zu rechnen, zu denen auch Veränderungen bei den landwirtschaftlichen Produktionsmustern gehören, die ihrerseits negative Auswirkungen auf den Lebensunterhalt der Menschen und auf die Migrationstrends haben werden. Der daraus entstehende Wettstreit um die Kontrolle über die natürlichen Ressourcen könnte die Spannungen zwischen den Gruppen weiter verschärfen.

82. Die wachsende Anfälligkeit für Naturgefahren wird auch erhebliche Auswirkungen auf die Akteure im humanitären Bereich und im Entwicklungsbereich haben. Die armen Länder werden den Auswirkungen von Dürren, Überschwemmungen oder Krankheiten am wenigsten entgegenzusetzen haben; die daraus folgende Abhängigkeit von lebensrettenden Sofortmaßnahmen kann Zeit, Energie und Ressourcen von den auf langfristige Ziele gerichteten Tätigkeiten abziehen.

83. Die Ereignisse während der letzten 12 Monate sind ein Beweis dafür, dass die Anfälligkeit für Naturgefahren verringert werden kann, wenn Risikominderungs- und Präventionsstrategien entsprechende Aufmerksamkeit erhalten. Die großflächigen Überschwemmungen im Juli 2004 überall in Südasien waren zwar schlimm und kosteten viele Menschenleben, aber ihre Zerstörungswirkung lag unter derjenigen vergleichbarer Überschwemmungen vor einigen Jahrzehnten. Der Grund hierfür war die erhöhte Aufmerksamkeit, die in den letzten Jahren darauf verwendet wurde, die lokale Vorbereitung auf den Katastrophenfall sicherzustellen und Abwehrkapazitäten aufzubauen. So konnte auch während des Dürrezyklus im Horn von Afrika, der 2002 begann, eine größere Hungersnot abgewendet werden, weil die humanitären Partner, die Entwicklungspartner und die Geber sich darauf konzentrierten, gegen die strukturellen Hindernisse für die Ernährungssicherung in diesem Gebiet vorzugehen und Finanzmittel dafür bereitzustellen.

84. Solche Beispiele haben das Bewusstsein für die wichtige Rolle geschärft, die der Risikominderung bei den Anstrengungen zur Herbeiführung einer nachhaltigen Entwicklung zukommen muss, und sie haben zahlreiche Initiativen seitens der Vereinten Nationen und der Regierungen ausgelöst, die Katastrophenvorbeugung in die Entwicklungsplanung und in Entwicklungsmaßnahmen einzugliedern. So führte eine Initiative der Internationalen Katastrophenvorbeugungsstrategie, unterstützt durch die Afrikanische Union und die Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas, das UNDP und die Weltbank, zu der afrikanischen Regionalstrategie zur Minderung des Katastrophenrisikos, die sich die afrikanischen Staatshäupter im Juli 2004 in Addis Abeba zu eigen machten. Wie wichtig es ist, Vorgehensweisen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen plötzlich auftretende und gegen chronische Schocks auszuarbeiten, wird auf der kommenden zweiten Weltkonferenz für Katastrophenvorbeugung im Januar 2005 in Kobe (Japan) noch stärker in den Vordergrund treten.

85. Gleichzeitig bleibt die Gefährdung durch Konflikte ein weit verbreitetes Phänomen. Gewaltsame Übergriffe in der Region Darfur in Sudan haben mindestens eine Million Menschen in Sudan und in das Nachbarland Tschad vertrieben. Im Osten der Demokra-

tischen Republik Kongo bedroht die Gewalt die prekären Fortschritte im Friedensprozess. Die Missionen der Vereinten Nationen in Burundi, Côte d'Ivoire und Liberia helfen mit, diese Länder zu stabilisieren, aber die anhaltende Unsicherheit und die gehäufte Wirkung jahrelanger Unruhen haben dazu geführt, dass es der Bevölkerung in vielen Gebieten an Grundversorgungseinrichtungen fehlt. Humanitäre Notsituationen im nördlichen Uganda und in der Zentralafrikanischen Republik und seit langem schwelende Konflikte in dem besetzten palästinensischen Gebiet und in Kolumbien gefährden den Lebensunterhalt der Zivilbevölkerung und untergraben die so wichtigen Stabilisierungsbemühungen.

86. In Kriegsgebieten kommt es nicht nur zum Verlust von Menschenleben und zur Zerstörung von Lebensgrundlagen, sondern die lang anhaltenden Gewalttätigkeiten verändern auch auf einschneidende Weise die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen, was unmittelbare wie auch längerfristige Auswirkungen nach sich zieht. Während manche zweifellos vom Krieg profitieren und ein höchst eigennütziges Interesse an seiner Fortführung haben, sind es in der Regel die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft – Zivilpersonen, Frauen, Kinder, ältere Menschen, Behinderte, Vertriebene und Flüchtlinge – die am meisten leiden und auf die Unterstützung humanitärer und anderer Akteure angewiesen sind, um zu überleben. So haben beispielsweise in der Demokratischen Republik Kongo Gesetzlosigkeit, der Zusammenbruch staatlicher Dienste und die Flucht der zur Aufrechterhaltung dieser Dienste benötigten Fachkräfte zu dem fast völligen Zusammenbruch der Gesundheits- und Bildungssysteme in den von dem Konflikt betroffenen Gebieten geführt.

87. Grundsätzlich gelten die Hilfsmaßnahmen der Vereinten Nationen, des Roten Kreuzes und der nichtstaatlichen Organisationen vorwiegend denjenigen, die am stärksten gefährdet sind. Es ist jedoch mindestens genauso wichtig, den betroffenen Gemeinschaften als Ganzes zu helfen, die Schocks und die Belastungen zu überwinden, die ihre Bewältigungsmechanismen beeinträchtigen. Auf diese Weise kann ihre Fähigkeit wiederhergestellt werden, sich für Veränderungen einzusetzen, und sie können die Krise hinter sich lassen und auf den Weg der Entwicklung zurückkehren.

88. Mehr Unterstützung und Schutz für die Binnenvertriebenen und die Sicherstellung einer stärker zielgerichteten Planung und Finanzierung der auf eine Krise folgenden Übergangszeit sind einige der Möglichkeiten, wie die internationale Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen dazu beitragen können, Gesellschaften zu stabilisieren und das Umfeld zu schaffen, in dem eine nachhaltige Entwicklung stattfinden kann. In dieser Hinsicht waren im vergangenen Jahr einige Fortschritte zu verzeichnen. So gelang es den Vereinten Nationen und der Regierung Liberias beispielsweise, eine Übergangsstrategie und einen Durchführungsmechanismus auszuarbeiten, die dazu beitragen sollen, das Land mit Nachdruck auf Entwicklungskurs zu bringen. Nach 10 Jahren des Konflikts in Sierra Leone führte eine nationale Normalisierungsstrategie zu einem Übergangsanspruch zur Finanzierung der Wiedereingliederung von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen, zum Aufbau nationaler Strafverfolgungsinstitutionen und zur Überwindung der wirtschaftlichen Disparität durch die Schaffung von Arbeitsplätzen.

89. Diese Initiativen sind jedoch lediglich erste Schritte, und es bleibt noch viel zu tun. Die internationale Gemeinschaft muss ihre Instrumente für die Übergangsplanung und die Einwerbung von Mitteln harmonisieren, die Bedarfsermittlung kohärenter gestalten und lokale Institutionen schaffen, sodass nationale Akteure von Anfang an in den Übergangsprozess in ihrem Land einbezogen werden können. Die Mitgliedstaaten sollten darauf hinarbeiten, die innerstaatlichen Rechtsvorschriften und Politiken zu stärken, die den Bedürfnissen der Binnenvertriebenen Rechnung tragen und ihre Rechte schützen, unter Berücksichtigung der Leitgrundsätze betreffend Binnenvertreibungen²¹.

90. Die Fähigkeit, die Gefährdung langfristig zu überwinden, hängt unmittelbar mit dem Zugang zu humanitärer Hilfe und humanitärem Schutz zusammen. Wie in den jüngsten Berichten an den Sicherheitsrat über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten dargelegt wurde, gehören zu den nur allzu vertrauten Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Rechts auch die Bemühungen, Millionen von Menschen den Zugang zu humanitärer Hilfe zu erschweren oder zu verwehren. Schätzungen zufolge wird mehr als 10 Millionen Menschen in rund 20 Ländern mit komplexen Notsituationen der Zugang zur Unterstützung durch humanitäre Organisationen verwehrt.

91. Dieser Zugang kann sowohl durch physische als auch durch politische Faktoren behindert werden. In der Demokratischen Republik Kongo, in Liberia und in Angola haben Kriegszwänge, Unterentwicklung und die geringe Kapazität der staatlichen Institutionen zum Zusammenbruch der physischen Infrastruktur geführt, sodass Millionen Menschen für die humanitären Organisationen unerreichbar sind. In dem besetzten palästinensischen Gebiet bildet die dort errichtete Trennmauer jetzt das größte physische Hindernis für den Zugang humanitärer Organisationen und hat den Lebensunterhalt der palästinensischen Bevölkerung sowie ihren Zugang zu lebenswichtigen Diensten schwer beeinträchtigt.

92. In manchen Ländern dienen politische, verfahrenstechnische und administrative Hindernisse nach wie vor als Mittel zur Beschränkung des humanitären Zugangs. Ein solcher Fall ist Sudan, wo umständliche Reisegenehmigungs- und Zollabfertigerungsverfahren die frühzeitigen Bemühungen behinderten, Zugang zu den Vertriebenen in Darfur zu erhalten.

93. Der Zugang humanitärer Helfer und die Auslieferung von Hilfsgütern werden auch durch fehlende Sicherheit stark behindert. Es gab viele Fälle, in denen betroffene Bevölkerungsgruppen vor der Zwickmühle standen, entweder auf die seit Monaten erwartete Nahrungsmittelhilfe zu verzichten oder diese Hilfe zu beanspruchen und dabei mörderischen Angriffen durch kämpfende Parteien ausgesetzt zu sein. Gezielte Angriffe auf Zivilpersonen, die Rekrutierung und der Einsatz von Kindersoldaten und der unterschiedslose Einsatz von Landminen haben die Sicherheit und das Wohlergehen der Bevölkerung in Konfliktzonen ebenfalls beeinträchtigt.

94. Den Zugang zu gefährdeten Bevölkerungsgruppen zu erlangen und aufrechtzuerhalten, ist für die humanitäre Hilfe und den humanitären Schutz unabdingbar und wird schließlich ein der Entwicklung förderliches Umfeld schaffen. Die Verweigerung des Zugangs beraubt Zivilpersonen ihres Rechts auf Menschenwürde, für das auch die Millenniums-Erklärung eintritt. Ich fordere daher alle Staaten, die es betrifft, auf, mit den Vereinten Nationen und anderen humanitären Einrichtungen und Organisationen voll zusammenzuarbeiten, um den sicheren und ungehinderten Zugang von humanitären Helfern, Lieferungen und Ausrüstungen zu gewährleisten, sodass Hilfe dort, wo sie benötigt wird, rechtzeitig gewährt werden kann.

95. HIV/Aids bleibt ein kritischer Faktor, der die Anfälligkeit für Umweltkatastrophen wie auch für komplexe Notsituationen erhöht. Auf Afrika südlich der Sahara, wo nur 10 Prozent der Weltbevölkerung leben, entfallen rund 70 Prozent aller HIV-Infektionen – eine kaum zu bewältigende Aufgabe für die Region. Während die Krankheit an sich schon eine massive Krise darstellt, die außergewöhnliche Notfallmaßnahmen erfordert, ist HIV/Aids kein kurzfristiges Phänomen, sondern hat langfristige Auswirkungen, die die Anfälligkeit der betroffenen Gemeinschaften über Generationen verschärfen werden. Nach wie vor sind es die produktivsten Mitglieder der Gesellschaft, die der Krankheit in vielen Ländern Afrikas südlich der Sahara zum Opfer fallen. Jahrzehnte der Entwicklung wurden zunichte gemacht, und die Anstrengungen zur Verringerung der Armut und zur Verbesserung des Lebensstandards wurden in gravierender Weise untergraben. Der Anteil der Frauen an den HIV-Infizierten macht fast 60 Prozent aus. Verbunden mit der sexuellen

Ausbeutung und dem sexuellen Missbrauch von Frauen und Kindern, die in Konflikten regelmäßig vorkommen, führt die Aids-Pandemie von neuem vor Augen, wie wichtig konzentrierte Präventivmaßnahmen sind, um die Bedrohungen der Sicherheit, der Gesundheit und des Wohls schwächerer Bevölkerungsgruppen zu vermindern.

96. Die internationalen und nationalen Maßnahmen zur Bekämpfung von HIV/Aids sollten besser in die humanitäre Planung und Programmgestaltung eingebunden werden, namentlich in Gefährdungsanalysen. Sie sollten sich als Querschnittsaufgabe auf den gesamten humanitären und Entwicklungsbereich erstrecken und sich darauf konzentrieren, die Bedrohungen der Sicherheit, der Gesundheit und des Wohls schwächerer Bevölkerungsgruppen auf lange Sicht zu vermindern.

Finanzierung

97. Die Unausgewogenheit der für humanitäre Notlagen und Übergangstätigkeiten bereitgestellten Finanzmittel behindert auch weiterhin die langfristige Entwicklung. Obwohl der weltweite Bedarf an humanitärer Hilfe im Jahr 2004 mit 3 Milliarden Dollar in etwa dem Bedarf früherer Jahre entsprach, bleibt das Finanzierungsmuster bei den humanitären Tätigkeiten uneinheitlich, sodass einige Länder stark unterfinanziert sind. Während einige im "Rampenlicht" stehende Notsituationen über genügend Finanzmittel verfügen, erhielten seit langem schwelende, aber "vergessene" Notsituationen wie die in der Zentralafrikanischen Republik und in Côte d'Ivoire weniger als ein Fünftel ihres Gesamtbedarfs. Häufig sind jedoch gerade in diesen Ländern die Bedürfnisse am größten und am dringendsten.

98. Um dieses Problem zu bewältigen, leiteten die Geber im Jahr 2003 die Initiative "Gutes humanitäres Geberverhalten" ein. Sie legt den Schwerpunkt auf bessere Leistungen und eine stärkere Rechenschaftspflicht der Geber durch ihre Selbstverpflichtung auf eine Reihe wichtiger Grundsätze und Praktiken, die sicherstellen sollen, dass humanitäre Hilfe auf Grund eines klar definierten Bedarfs gewährt wird. Zwar hat es bei der Verbesserung der Bedarfsermittlung und der Prioritätensetzung Fortschritte gegeben, doch müssen wesentlich mehr berechenbare und flexibel einsetzbare Mittel rechtzeitig zur Verfügung stehen, um sicherzustellen, dass Finanzhilfe in ausgewogener Weise am richtigen Ort und zur richtigen Zeit gewährt wird. Diese Initiative läuft weiter und wird auch Gegenstand eines Gebertreffens im Oktober 2004 in Ottawa sein, auf dem die von den teilnehmenden Geberländern erzielten Fortschritte überprüft, eine bedarfsorientierte Finanzierung erörtert und die nächsten Schritte geprüft werden sollen.

V. Schlussbetrachtung

99. Um erfolgreich zu sein, sind die Vereinten Nationen auf ein breites Spektrum unverzichtbarer Beiträge angewiesen, wie etwa Zukunftsvisionen und politische Unterstützung, angemessene Finanzmittel und Personal höchster Qualität. Das letzte Jahr hat überdeutlich gezeigt, dass es zwei weitere Voraussetzungen gibt, ohne die die Vereinten Nationen ihren Auftrag nicht erfüllen können: Sie brauchen ein gewisses Maß an Sicherheit, um ihre Arbeit verrichten zu können, und sie benötigen institutionelle Flexibilität, um sich an die veränderten Umstände in der Welt anpassen zu können.

100. Der tragische Bombenangriff auf das Hauptquartier der Vereinten Nationen in Irak am 19. August 2003 sowie die seither verübten Angriffe auf Mitarbeiter der Vereinten Nationen in anderen Ländern deuten darauf hin, dass das Personal der Vereinten Nationen nicht nur durch seine Präsenz in unsicheren Gebieten auf der ganzen Welt gefährdet ist,

sondern auch dadurch, dass die Vereinten Nationen selbst zunehmend zur Zielscheibe werden.

101. Zwar wird mit der Arbeit in einigen der Gebiete, in denen die Vereinten Nationen mit der Durchführung ihrer Mission beauftragt sind, immer ein Risiko verbunden sein, doch müssen wir neue Wege zur Sicherung unserer Einsätze finden. Die Vereinten Nationen haben mit der Einführung verschiedener Maßnahmen begonnen, um die Sicherheits- und Schutzvorkehrungen für ihre Mitarbeiter zu verbessern. Angesichts der neuen Bedrohungen, denen Einrichtungen der Vereinten Nationen ausgesetzt sind, wurden in den Gebieten mit erhöhtem Risiko zusätzliche Maßnahmen zur Minderung dieses Risikos eingeführt. Dazu gehören die Festlegung klarerer Richtlinien für die Art und Weise, wie die Mitarbeiter der Vereinten Nationen mit der örtlichen Bevölkerung in Kontakt treten und interagieren, der verstärkte Einsatz einheimischen Personals für laufende Projekte, mit Unterstützung und Anleitung von außerhalb des betreffenden Landes, sowie der größtmögliche Einsatz gemeinsamer Dienste. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die Versorgung der hilfebedürftigen Bevölkerung aufrechterhalten werden kann, ohne das Leben internationaler Bediensteter zu gefährden, die in der Öffentlichkeit stärker beachtet und daher am häufigsten zur Zielscheibe werden.

102. Wenn politisches, humanitäres und Entwicklungspersonal der Vereinten Nationen gezielt angegriffen und getötet wird, werden die schwächsten Gruppen ihres Rechts auf Hilfe und die Entwicklungsländer einer erfolgreicherer Zukunft beraubt. Dies schränkt die Fähigkeit der Organisation ein, ihr Mandat durchzuführen und die Herausforderung der Millenniums-Erklärung anzunehmen. Zusätzliche Schritte wurden vorgeschlagen, um das Sicherheitsmanagementsystem des Systems der Vereinten Nationen zu stärken und zu vereinheitlichen. Die Mitgliedstaaten werden diese Schritte in sehr konkreter Weise unterstützen müssen. Wenn dies nicht geschieht, wird die Mission der Vereinten Nationen selbst aufs Spiel gesetzt.

103. In diesem Bericht wurden viele der Herausforderungen aufgezeigt, die sich uns heute bei der Verwirklichung der in der Millenniums-Erklärung beschriebenen Vision stellen. Herausforderungen sind jedoch niemals statisch. Sie entwickeln sich ständig weiter, und so müssen wir bereit sein, nicht nur die heute bestehenden Probleme und Tendenzen anzugehen, sondern auch diejenigen, mit denen wir morgen zu rechnen haben.

104. Obwohl die Ziele in der Millenniums-Erklärung von den Staats- und Regierungschefs der Welt festgelegt wurden, müssen die zur ihrer Verwirklichung erforderlichen institutionellen Regelungen flexibel sein. Als die wichtigsten Akteure und Interessenträger im internationalen System werden die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auch in ihren eigenen Konzepten Flexibilität aufweisen müssen. Einerseits müssen die Entwicklungsländer den so positiven Trend zur Einbindung der Millenniums-Entwicklungsziele in ihre eigenen Planungsprozesse fortsetzen und weiter diejenigen Strategien verfolgen, mit denen die Erfolgsaussichten gegebenenfalls erforderlicher Reformen am ehesten verbessert werden können. Andererseits müssen die Geberregierungen die Vision der Millenniums-Erklärung in ihre eigenen bilateralen Programme einarbeiten. Dies erfordert möglicherweise eine unvoreingenommene Überprüfung ihrer eigenen Strategien und Institutionen, um sicherzustellen, dass diese sich möglichst gut für das neue Umfeld eignen.

105. Die Vereinten Nationen als Institution müssen ebenfalls beweisen, dass sie flexibel sein können und werden. Wie ich früher schon berichtete, haben wir in den letzten Jahren große Fortschritte in Bezug auf Reformen und Neubelebung erzielt. Anpassung ist jedoch ein konstanter Prozess. Neue Realitäten verlangen nach neuen Lösungen für Mechanismen und für Prozesse. Das vor uns liegende Jahr wird in dieser Hinsicht von entscheidender Bedeutung sein.

106. Die Hochrangige Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel, die ich mit dem Auftrag eingesetzt habe, die vor uns liegenden Herausforderungen neu zu bewerten und die notwendigen Veränderungen zu empfehlen, um diesen Herausforderungen durch gemeinschaftliches Handeln wirksam zu begegnen, wird im Dezember 2004 ihren Bericht vorlegen. Dieser Bericht wird eine wichtige Grundlage für die ernsthafte Erörterung der möglicherweise notwendigen Veränderungen bilden.

107. Gleichzeitig müssen wir uns auf die außerordentlich wichtige Veranstaltung auf hoher Ebene vorbereiten, die in Jahresfrist stattfinden wird. Seit der Verkündung der Millenniums-Erklärung vor vier Jahren hat sich viel verändert. Noch mehr wird sich verändert haben, wenn die Führer der Welt erneut zusammentreffen, um die Fortschritte zu überprüfen und den künftigen Kurs zu bestimmen.

108. In Vorbereitung auf das sechzigjährige Bestehen der Vereinten Nationen im Jahr 2005 könnte es keine passendere Anerkennung ihrer zahlreichen Errungenschaften und ihres Zukunftspotenzials geben als praktische Fortschritte bei der Verwirklichung der Vision der Millenniums-Erklärung. Wenn alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sich ernsthaft Gedanken machen und ihre Verpflichtung auf die Erklärung im Laufe des kommenden Jahres in konkreter Weise erneuern, wird dies die Grundlage dafür schaffen, dass die Völker der Welt im Jahr 2015 nicht nur das Zieljahr der Erklärung, sondern auch die greifbaren Errungenschaften feiern werden, auf die die Vereinten Nationen nach dann sieben Jahrzehnten ihres Bestehens zurückblicken können.

Anmerkungen

¹ Resolution 55/2 der Generalversammlung.

² *Eine faire Globalisierung: Chancen für alle schaffen* (Genf, Internationale Arbeitsorganisation, 2004).

³ Resolution 55/2 der Generalversammlung, Ziffer 8.

⁴ Resolution 55/25 der Generalversammlung, Anlage I.

⁵ Ebd., Anlage II.

⁶ Ebd., Anlage III.

⁷ Resolution 55/255 der Generalversammlung, Anlage.

⁸ Resolution 58/4 der Generalversammlung, Anlage.

⁹ *Bericht der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung, Monterrey (Mexiko), 18.-22. März 2002*, Kap. I, Resolution 1, Anlage.

¹⁰ *Bericht der Vierten Weltfrauenkonferenz, Beijing, 4.-15. September 1995*, Kap. I, Resolution 1, Anlagen I und II.

¹¹ *Bericht des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung, Johannesburg (Südafrika), 26. August-4. September 2002*, Kap. I, Resolution 2, Anlage.

¹² A/CONF.191.11.

¹³ Resolution S-26/2 der Generalversammlung, Anlage.

¹⁴ *Report of the Global Conference on the Sustainable Development of Small Island Developing States, Bridgetown, Barbados, 26 April-6 May 1994*, Kap. I, Resolution 1, Anlage II.

¹⁵ FCCC/CP/1997/7/Add.1, Beschluss 1/CP.3, Anlage.

¹⁶ Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 1771, Nr. 30822.

¹⁷ Ebd., Vol. 1954, Nr. 33480.

¹⁸ Ebd., Vol. 1760, Nr. 30619.

¹⁹ Siehe UNEP/CBD/ExCOP//1/3 und Corr.1, Zweiter Teil, Anlage.

²⁰ Resolution 55/2 der Generalversammlung, Ziffer 26.

²¹ E/CN.4/1998/53/Add.2, Anlage.

Anhang

Millenniums-Entwicklungsziele, Zielvorgaben und Indikatoren, 2004*

Ziel 1

Beseitigung der extremen Armut und des Hungers

Zielvorgabe 1

Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 Dollar pro Tag beträgt

Indikator 1

Anteil der Bevölkerung mit weniger als 1 Dollar Kaufkraftparität pro Tag^a

	Prozentsatz der mit weniger als \$1 pro Tag lebenden Menschen		
	1990	1999	2001
Nordafrika	2,6	2,0	1,9
Afrika südlich der Sahara	46,9	42,7	46,4
Lateinamerika und Karibik	10,9	10,6	10,0
Ostasien	33,0	17,8	16,6
Südasien	39,7	30,5	30,4
Südostasien	18,4	10,8	10,2
Westasien	1,6	4,2	3,7
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	0,5	10,3	5,0
Südosteuropäische Transformationsländer	0,4	1,7	2,1

^a Hoheinkommensländer entsprechend der Definition der Weltbank werden nicht erfasst.

Indikator 2

Armutslücken-Verhältnis^a

	Mittleres Zurückbleiben hinter der Armutsgrenze ^b (in Prozent)		
	1990	1999	2001
Nordafrika	0,5	0,3	0,3
Afrika südlich der Sahara	19,5	18,6	20,5
Lateinamerika und Karibik	3,5	4,1	3,5
Ostasien	8,9	4,2	3,9
Südasien	10,3	7,1	7,1
Südostasien	3,8	2,0	1,7
Westasien	0,4	1,0	0,9
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	0,2	2,9	1,0
Südosteuropäische Transformationsländer	0,3	0,6	0,6

^a Das Armutslücken-Verhältnis misst das Ausmaß der Armut. Es wird als Prozentwert der Armutsgrenze ausgedrückt und errechnet, indem man den Anteil der unterhalb der Armutsgrenze lebenden Menschen mit der Differenz zwischen der Armutsgrenze und dem Durchschnittseinkommen der unterhalb der Armutsgrenze lebenden Menschen multipliziert. Wenn beispielsweise 30 Prozent der Menschen unterhalb der 1-Dollar-pro-Tag-Grenze leben und der Verbrauch bzw. das Einkommen dieser Menschen 20 Prozent unterhalb der Armutsgrenze liegt (d.h. bei USD 0,80), dann beträgt das Armutslücken-Verhältnis 6 Prozent.

^b Hoheinkommensländer entsprechend der Definition der Weltbank werden nicht erfasst.

Indikator 3

Anteil des ärmsten Fünftels der Bevölkerung am nationalen Konsum

Neue globale oder regionale Daten liegen nicht vor.

* Wie in der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen (Resolution 55/2 der Generalversammlung) und in dem Bericht des Generalsekretärs "Kompass für die Umsetzung der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen" (A/56/326) enthalten. Eine erschöpfende Darstellung und technische Einzelheiten der Indikatoren finden sich in *Indicators for Monitoring the Millennium Development Goals: Definitions, Rationale, Concepts and Sources* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr.E.03.XVII.18).

Zielvorgabe 2**Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden***Indikator 4**Anteil der untergewichtigen Kinder unter fünf Jahren*

a) Insgesamt

	Untergewichtige Kinder unter fünf Jahren (in Prozent)	
	1990	2002
Nordafrika	10	9
Afrika südlich der Sahara	32	31
Lateinamerika und Karibik	11	8
Ostasien	19	10
Südasien	53	47
Südostasien	38	29
Westasien	11	10
Ozeanische Länder

b) Nach Geschlecht

	Untergewichtige Kinder unter fünf Jahren (in Prozent, 2002)		
	Jungen	Mädchen	Jungen/Mädchen
Nordafrika	9	9	1,00
Afrika südlich der Sahara	30	29	1,03
Lateinamerika und Karibik	8	7	1,14
Ostasien	10	11	0,91
Südasien	43	46	0,93
Südostasien	30	29	1,03
Westasien	17	16	1,06
Ozeanische Länder
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	7	8	0,88
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	3	3	1,00

*Indikator 5**Anteil der Bevölkerung, bei dem die Kalorienzufuhr unter der notwendigen Mindestmenge liegt*

	Anteil der Unterernährten an der Gesamtbevölkerung (in Prozent)	
	1990-1992	1999-2001
Nordafrika	5	4
Afrika südlich der Sahara	35	33
Lateinamerika und Karibik	13	10
Ostasien	16	11
Südasien	25	22
Südostasien	17	13
Westasien	7	10
Ozeanische Länder	25	27
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	18 ^a	27
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	4 ^a	4
Sonstige Transformationsländer in Europa ^b	4 ^a	4

^a Die Daten beziehen sich auf 1993–1995.^b Hierzu zählen die südosteuropäischen Transformationsländer (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Rumänien und Serbien und Montenegro) und sonstige europäische Länder (Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn).**Ziel 2****Verwirklichung der universalen Grundschulbildung****Zielvorgabe 3****Bis zum Jahr 2015 sicherstellen, dass Kinder in der ganzen Welt, Jungen wie Mädchen, eine Grundschulbildung vollständig abschließen können***Indikator 6**Nettoeinschulungsquote im Grundschulbereich*

	In der Grundstufe eingeschulte Kinder pro 100 Kinder im Einschulungsalter		
	1990/91	1998/99	2001/02
Nordafrika	81,7	88,1	91,9
Afrika südlich der Sahara	53,9	57,1	62,2
Lateinamerika und Karibik	86,4	94,4	95,7
Ostasien	97,7	100,4	92,1
Südasien	72,7	79,4	79,7
Südostasien	92,4	90,1	90,8
Westasien	81,0	80,2	82,9
Ozeanische Länder	74,2	77,0	79,4
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	84,7	87,4	94,4
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	91,1	82,6	86,5

*Indikator 7**Anteil der Grundschulanfänger, die das 5. Schuljahr erreichen*

a) Insgesamt

Globale oder regionale Angaben liegen nicht vor.

b) Grundschulabschlussrate

	Prozentualer Anteil der Schüler im letzten Grundschuljahr ^a					
	1998/99			2001/02		
	Gesamt	Jungen	Mädchen	Gesamt	Jungen	Mädchen
Nordafrika	83,9	87,3	80,3	85,6	88,2	82,8
Afrika südlich der Sahara	49,4	54,4	44,3	52,9	57,0	48,6
Lateinamerika und Karibik	89,0	86,6	91,5	98,1	97,2	99,0
Ostasien	107,1	106,7	107,6	102,2	102,1	102,2
Südasiens	66,3	73,2	58,9	73,1	79,2	66,6
Südostasien	88,4	89,3	87,5	92,7	92,8	92,6
Westasien	77,2	82,9	71,1	76,1	80,9	71,1
Ozeanische Länder	64,0	65,0	62,9	63,3	64,6	61,8
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	96,1	96,5	95,6	97,6	98,1	96,9
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	79,4	81,4	77,3	78,8	78,8	78,7

^a Die Grundschulabschlussrate errechnet sich aus der Brutto-Aufnahmerate in das letzte Grundschuljahr: "Gesamtzahl der Neuaufnahmen in das letzte Grundschuljahr, ungeachtet des Lebensalters, ausgedrückt als Prozentsatz der Population im theoretischen Eintrittsalter in das letzte Schuljahr"; siehe UNESCO-Institut für Statistik, *Global Education Digest 2004: Comparing Education Statistics Across the World*.

Indikator 8

Alphabetenquote bei den 15- bis 24-Jährigen

	Alphabetenquote, 1990 und 2000-2004 (in Prozent)					
	Gesamt	1990		Gesamt	2000/04 ^a	
		Männer	Frauen		Männer	Frauen
Nordafrika	66,3	76,3	55,8	78,5	84,1	72,5
Afrika südlich der Sahara	67,4	74,9	59,8	76,6	81	72,3
Lateinamerika und Karibik	92,7	92,7	92,7	94,7	94,2	95,2
Ostasien	95,5	97,6	93,3	98,9	99,2	98,6
Südasiens	61,5	71,1	51,0	72,3	81,5	62,5
Südostasien	94,3	95,5	93,1	95,4	96	94,9
Westasien	80,1	88,2	71,5	85,6	90,7	80,3
Ozeanische Länder	73,5	78,5	68,0	81,3	84,4	78,1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	99,2	99,2	99,2	99,4	99,4	99,3

^a Die Angaben beziehen sich auf die von dem UNESCO-Institut für Statistik im März 2004 für den Bezugszeitraum 2000-2004 herausgegebenen neuesten Schätzungen und Hochrechnungen in Bezug auf die Alphabetisierung.

Ziel 3**Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frau****Zielvorgabe 4**

Das Geschlechtergefälle in der Grund- und Sekundarschulbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005 und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015

Indikator 9

Verhältnis Mädchen/Jungen in der Grund- und Sekundarschulstufe und im tertiären Bildungsbereich

a) Grundschulstufe

	Verhältnis der Bruttoeinschulungsrate von Mädchen zur Bruttoeinschulungsrate von Jungen		
	1990/91	1998/99	2001/02
Nordafrika	0,82	0,90	0,93
Afrika südlich der Sahara	0,83	0,84	0,86
Lateinamerika und Karibik	0,98	0,98	0,98
Ostasien	0,93	1,01	0,99
Südasiens	0,76	0,83	0,84
Südostasien	0,96	0,96	0,97
Westasien	0,83	0,87	0,89
Ozeanische Länder	0,90	0,95	0,93
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	0,99	0,98	0,98
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	1,00	0,99	1,00
Entwickelte Regionen	0,99	1,00	1,00

b) Sekundarschulstufe

	Verhältnis der Bruttoeinschulungsrate von Mädchen zur Bruttoeinschulungsrate von Jungen	
	1998/99	2001/02
Nordafrika	0,94	0,96
Afrika südlich der Sahara	0,81	0,79
Lateinamerika und Karibik	1,09	1,07
Ostasien
Südasiens	0,74	0,77
Südostasien	0,97	0,98
Westasien	0,76	0,79
Ozeanische Länder	0,89	0,93
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	0,98	0,97
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	..	1,01
Entwickelte Regionen	1,01	1,02

c) Tertiärer Bildungsbereich

Regionale oder globale Zahlen liegen nicht vor.

*Indikator 10**Verhältnis der Alphabetisierungsquote bei Frauen und Männern in der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen*

	Verhältnis der Alphabetisierungsquote bei weiblichen und männlichen Jugendlichen	
	1990	2000/04 ^a
Nordafrika	0,73	0,86
Afrika südlich der Sahara	0,80	0,89
Lateinamerika	1,00	1,01
Ostasien	0,96	0,99
Südasien	0,72	0,77
Südostasien	0,97	0,99
Westasien	0,81	0,89
Ozeanische Länder	0,87	0,93
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	1,00	1,00
Entwickelte Regionen	1,00	1,00

^a Die Angaben beziehen sich auf die von dem UNESCO-Institut für Statistik im März 2004 für den Bezugszeitraum 2000-2004 herausgegebenen neuesten Schätzungen und Hochrechnungen in Bezug auf die Alphabetisierung.

*Indikator 11**Anteil der Frauen an den unselbständigen Erwerbstätigen im nichtlandwirtschaftlichen Sektor*

	Anteil der Frauen an der Gesamt - Erwerbsbevölkerung im nichtlandwirtschaftlichen Sektor (in Prozent)	
	1990	2002
Nordafrika	18,9	20,5
Afrika südlich der Sahara
Lateinamerika	38,4	42,9
Ostasien	38,2	39,8
Südasien	13,3	18,2
Südostasien	37,2	38,5
Westasien	17,8	19,2
Ozeanische Länder	27,8	28,9
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, Transformationsländer und sonstige Länder in Europa ^a	49,0	48,9
Entwickelte Regionen	43,1	46,1

^a Einschließlich Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn.

Indikator 12

Sitzanteil der Frauen in nationalen Parlamenten

	Von Frauen besetzte Parlamentssitze (nur Einkammerparlamente oder Unterhäuser) ^a (in Prozent)		
	1990	1997	2004
	Nordafrika	2,6	1,8
Afrika südlich der Sahara	7,2	9,0	13,4
Karibik	22,1	16,6	23,9
Lateinamerika	8,6	10,9	16,1
Ostasien	20,2	19,3	18,8
Südasiens	5,7	5,9	8,5
Südostasien	10,4	10,8	15,3
Westasien	4,6	3,0	4,9
Ozeanische Länder	1,2	1,6	2,4
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	34,4	7,0	9,0
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	..	5,4	8,1
Südosteuropäische Transformationsländer	27,8	7,5	14,5
Entwickelte Regionen	13,2	16,5	20,6
Nordische Länder ^b	33,9	36,4	39,7

^a Die Angaben beziehen sich auf den Januar eines jeweiligen Jahres.

^b Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden.

Ziel 4**Senkung der Kindersterblichkeit****Zielvorgabe 5**

Zwischen 1990 und 2015 die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel senken

Indikator 13

Sterblichkeitsrate bei Kindern unter fünf Jahren

	Todesfälle je 1.000 Lebendgeburten	
	1990	2002
Nordafrika	87	41
Afrika südlich der Sahara	186	174
Lateinamerika und Karibik	54	34
Ostasien	48	38
Südasiens	126	93
Südostasien	78	48
Westasien	68	61
Ozeanische Länder	86	78
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	41	44
Entwickelte Regionen	11	8

Indikator 14
Säuglingssterblichkeitsrate

	Todesfälle je 1.000 Lebendgeburten	
	1990	2002
Nordafrika	66	34
Afrika südlich der Sahara	109	104
Lateinamerika und Karibik	43	28
Ostasien	37	30
Südasien	87	67
Südostasien	54	36
Westasien	53	49
Ozeanische Länder	63	59
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	34	35
Entwickelte Regionen	10	6

Indikator 15
Anteil der einjährigen Kinder, die gegen Masern geimpft wurden

	Kinder im Alter von 12 bis 23 Monaten, die mindestens eine Dosis Masernimpfstoff erhalten haben (in Prozent)	
	1990	2003 ^a
Nordafrika	85	93
Afrika südlich der Sahara	57	61
Lateinamerika und Karibik	77	93
Ostasien	98	85
Südasien	58	69
Südostasien	72	79
Westasien	80	84
Ozeanische Länder	70	57
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	..	97
Entwickelte Regionen	82	92

^a Nicht voll mit der vorherigen Spalte vergleichbar, da einige der Länderzahlen für 1990 geändert werden müssen; Reihe für 1990 wird neu erstellt.

Ziel 5**Verbesserung der Gesundheit von Müttern****Zielvorgabe 6****Zwischen 1990 und 2015 die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel senken***Indikator 16**Müttersterblichkeitsrate^a*

Neue globale oder regionale Angaben liegen nicht vor. Die abgedruckten Angaben entstammen dem Vorjahresbericht (A/58/323).

	Todesfälle von Müttern je 100.000 Lebendgeburten	
	2000	
Nordafrika	130	
Afrika südlich der Sahara	920	
Lateinamerika und Karibik	190	
Ostasien	55	
Südliches Zentralasien	520	
Südostasien	210	
Westasien	190	
Ozeanische Länder	240	
Entwickelte Regionen	20	

^a Regionen entsprechend der für die Berichterstattung 2003 über die Millenniums-Entwicklungsziele beschlossenen Zusammensetzung der Regionen; siehe http://unstats.un.org/unsd/mi/mi_worldmillennium1.asp.

*Indikator 17**Anteil der von medizinischem Fachpersonal begleiteten Geburten^a*

Neue globale oder regionale Angaben liegen nicht vor. Die abgedruckten Angaben entstammen dem Vorjahresbericht (A/58/323).

	(in Prozent der Geburten)	
	1990	2000
Nordafrika	39	64
Afrika südlich der Sahara	40	43
Lateinamerika und Karibik	76	85
Ostasien	53	72
Südliches Zentralasien	27	35
Südostasien	36	59
Westasien	59	64

^a Regionen entsprechend der für die Berichterstattung 2003 über die Millenniums-Entwicklungsziele beschlossenen Zusammensetzung der Regionen; siehe http://unstats.un.org/unsd/mi/mi_worldmillennium1.asp.

Ziel 6**Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten****Zielvorgabe 7****Bis 2015 die Ausbreitung von HIV/Aids zum Stillstand bringen und allmählich umkehren***Indikator 18**HIV/Aids-Prävalenz, beide Geschlechter*

	Prozentsatz der 15-49-Jährigen, die mit HIV/Aids leben					
	2001			2003		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
Nordafrika	<0,1	<0,1
Afrika südlich der Sahara	7,3	6,3	8,3	7,2	6,2	8,3
Lateinamerika und Karibik	0,6	0,8	0,5	0,7	0,9	0,5
Ostasien	<0,1	0,1	<0,1	0,1	0,2	<0,1
Südasiens	0,5	0,6	0,4	0,7	0,8	0,5
Südostasien	0,5	0,6	0,3	0,5	0,7	0,3
Westasien	<0,1	<0,1
Ozeanische Länder	0,4	0,5	0,2	0,5	0,7	0,3
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	<0,1	<0,1	<0,1	0,1	0,1	<0,1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	0,8	1,0	0,5	1,1	1,5	0,8
Entwickelte Regionen	0,4	0,6	0,2	0,5	0,6	0,3

*Indikator 19**Prozentualer Anteil der Kondombenutzung innerhalb der kontrazeptiven Prävalenzrate*

Globale oder regionale Angaben liegen nicht vor.

a) Kondombenutzung beim letzten risikoreichen Geschlechtsverkehr

	Prozentsatz der 15-24-Jährigen, die beim letzten risikoreichen Geschlechtsverkehr ein Kondom verwendeten ^a			
	1998-2002			
	Frauen 15-24		Männer 15-24	
Zahl der von den Erhebungen erfassten Länder	Prozentsatz derjenigen, die beim letzten risikoreichen Geschlechtsverkehr ein Kondom verwendeten ^a	Zahl der von den Erhebungen erfassten Länder	Prozentsatz derjenigen, die beim letzten risikoreichen Geschlechtsverkehr ein Kondom verwendeten ^a	
Afrika südlich der Sahara	20	23	19	41
Lateinamerika und Karibik	4	24	1	30
Südasiens (Indien)	1	51	1	59
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	2	27	2	61

^a Prozentsatz der 15-24-jährigen Frauen und Männer, die beim Geschlechtsverkehr mit einem nicht-regelmäßigen Sexualpartner innerhalb der letzten 12 Monate die Verwendung eines Kondoms berichten, unter denjenigen, die in den letzten 12 Monaten einen solchen Partner hatten.

b) Prozentsatz der 15- bis 24-Jährigen mit umfassendem und richtigem Wissen über HIV/Aids

	Prozentsatz der Bevölkerung mit umfassendem Wissen ^a (1998-2002)			
	Frauen 15-24		Männer 15-24	
	Zahl der von den Erhebungen erfassten Länder	Prozentsatz derjenigen mit umfassendem Wissen ^a	Zahl der von den Erhebungen erfassten Länder	Prozentsatz derjenigen mit umfassendem Wissen ^a
Afrika südlich der Sahara	28	20	10	30
Lateinamerika und Karibik	6	28	1	24
Ostasien (Mongolei)	1	32	0	..
Südostasien	3	13	0	..
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	4	5	1	8
Entwickelte Regionen (Albanien)	1	0	0	..

^a Prozentsatz der 15-24-jährigen Frauen und Männer, die die beiden wichtigsten Wege zur Verhütung der sexuellen Übertragung des HIV richtig benennen (Kondomverwendung und Beschränkung des Geschlechtsverkehrs auf einen treuen, nicht infizierten Partner), zwei verbreitete örtliche Fehlkonzeptionen ablehnen und wissen, dass eine gesund wirkende Person das HI-Virus übertragen kann.

Indikator 20

Verhältnis der Schulbesuchsquote von Waisen zur Schulbesuchsquote von Nichtwaisen im Alter von 10-14 Jahren

	Verhältnis der Schulbesuchsquote von Waisen und von Nichtwaisen ^a (1998-2001)	
	Zahl der von den Erhebungen erfassten Länder	Verhältnis der Schulbesuchsquote von Waisen zur Schulbesuchsquote von Nichtwaisen im Alter von 10-14 Jahren ^a
Afrika südlich der Sahara	35	0,83
Lateinamerika und Karibik	6	0,83
Südostasien (Kambodscha)	1	0,71

^a Verhältnis der derzeitigen Schulbesuchsquote von 10-14-jährigen Kindern, deren biologische Eltern verstorben sind, zu der derzeitigen Schulbesuchsquote von 10-14-jährigen Kindern, deren Eltern noch leben und die derzeit mit mindestens einem biologischen Elternteil leben.

Zielvorgabe 8**Bis 2015 die Ausbreitung von Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand bringen und allmählich umkehren***Indikator 21**Malariaprävalenz und Malariasterblichkeit^a*

Neue globale oder regionale Angaben liegen nicht vor. Die abgedruckten Angaben entstammen dem Vorjahresbericht (A/58/323).

	Zahl der Todesfälle pro 100.000 Kinder im Alter von 0-4 Jahren	
	2000	
Nordafrika	47	
Afrika südlich der Sahara	791	
Lateinamerika und Karibik	1	
Ostasien	0	
Südliches Zentralasien	6	
Südostasien	2	
Westasien	26	
Ozeanische Länder	2	
Entwickelte Regionen	0	

^a Regionen entsprechend der für die Berichterstattung 2003 über die Millenniums-Entwicklungsziele beschlossenen Zusammensetzung der Regionen; siehe http://unstats.un.org/unsd/mi/mi_worldmillennium1.asp.

Angaben über Malariaprävalenz liegen nicht vor.

*Indikator 22**Anteil der Bevölkerung in malariagefährdeten Gebieten, der wirksame Malariaverhütungs- und -bekämpfungsmaßnahmen anwendet*

Neue globale oder regionale Angaben liegen nicht vor. Die abgedruckten Angaben entstammen dem Vorjahresbericht (A/58/323).

a) Prävention: Kinder unter 5 Jahren, die unter mit Insektiziden behandelten Moskitonetzen schlafen

	1999/2003 (in Prozent)
Afrika (31 Länder)	2,1

b) Behandlung: Kinder unter 5 Jahren mit Fieber, die angemessen behandelt werden

	1998/2003 (in Prozent)
Afrika (30 Länder)	38,3

*Indikator 23**Tuberkuloseprävalenz und Tuberkulosesterblichkeit*

a) Prävalenz

	Zahl der Fälle pro 100.000 Menschen (HIV-Infizierte nicht eingeschlossen)		
	2000	2001	2002
Nordafrika	55	54	52
Afrika südlich der Sahara	463	480	492
Lateinamerika und Karibik	99	95	91
Ostasien	268	266	265
Südostasien	413	375	343
Südostasien	505	489	432
Westasien	85	83	84
Ozeanische Länder	455	443	388
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	133	138	135
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	156	162	170

b) Todesfälle

	Zahl der Todesfälle pro 100.000 Menschen (HIV-Infizierte nicht eingeschlossen)		
	2000	2001	2002
	Nordafrika	4	4
Afrika südlich der Sahara	52	54	55
Lateinamerika und Karibik	10	9	9
Ostasien	21	21	20
Südasien	42	39	36
Südostasien	48	46	43
Westasien	9	9	9
Ozeanische Länder	41	40	39
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	14	15	15
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	17	18	19
Entwickelte Regionen	2	2	2

Indikator 24

Anteil der im Rahmen der direkt überwachten Kurzzeittherapie (Directly Observed Therapy Short Course – DOTS) diagnostizierten und geheilten Tuberkulosefälle

a) Im Rahmen von DOTS diagnostizierte neue Fälle

	Der WHO gemeldete Fälle (Schätzung, in Prozent)		
	2000	2001	2002
Nordafrika	82	79	81
Afrika südlich der Sahara	36	38	43
Lateinamerika und Karibik	43	42	45
Ostasien	28	29	28
Südasien	14	23	30
Südostasien	39	44	50
Westasien	26	26	25
Ozeanische Länder	13	13	20
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	37	34	47
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	4	5	5
Entwickelte Regionen	22	27	39

b) Im Rahmen von DOTS erfolgreich behandelte Fälle

	Im Rahmen von DOTS erfolgreich behandelte Fälle (in Prozent)	
	Kohorte 2000	Kohorte 2001
	Nordafrika	88
Afrika südlich der Sahara	72	71
Lateinamerika und Karibik	81	83
Ostasien	94	96
Südasien	83	85
Südostasien	86	86
Westasien	81	83
Ozeanische Länder	76	76
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	78	77
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	68	67
Entwickelte Regionen	78	73

Ziel 7**Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit****Zielvorgabe 9**

Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme einbauen und den Verlust von Umweltressourcen umkehren

*Indikator 25**Anteil der Flächen mit Waldbedeckung*

	Anteil an der Landfläche (in Prozent)	
	1990	2000
	Nordafrika	1,0
Afrika südlich der Sahara	29,3	27,1
Karibik	24,4	25,0
Lateinamerika	50,4	48,0
Ostasien	15,4	17,0
Südasien	13,5	13,3
Südostasien	53,9	48,6
Westasien	3,1	3,1
Ozeanische Länder	68,0	65,7
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	5,1	5,8
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	48,9	49,2
Entwickelte Regionen	25,7	25,9
Welt	30,3	29,6

Indikator 26

Zur Erhaltung der biologischen Vielfalt geschützte Flächen^a

	Verhältnis von Schutzgebieten zur Gesamtfläche (Land und Meer)			
	1990	1995	2000	2004
Nordafrika	3,8	3,8	4,1	4,5
Afrika südlich der Sahara	9,4	9,8	10,0	10,1
Lateinamerika und Karibik	12,6	15,3	16,8	17,3
Ostasien	7,8	8,9	10,8	11,8
Südliches Zentralasien	4,5	5,1	5,3	5,5
Südostasien	5,3	6,5	7,6	7,8
Westasien	4,1	17,8	17,9	18,0
Ozeanische Länder	3,5	6,1	7,0	7,1
Entwickelte Regionen	8,7	9,7	11,4	11,7

^a Regionen entsprechend der für die Berichterstattung 2003 über die Millenniums-Entwicklungsziele beschlossenen Zusammensetzung der Regionen; siehe http://unstats.un.org/unsd/mi/mi_worldmillennium1.asp.

Indikator 27

Energieverbrauch pro \$1 BIP (Kaufkraftparität (KKP))

	Verbrauch von Erdöleinheiten pro \$1.000 BIP (KKP) (in kg)	
	1990	2001
Lateinamerika und Karibik	187	177
Nordafrika	202	196
Afrika südlich der Sahara	400	406
Ostasien	294	216
Südostasien	326	256
Südostasien	223	237
Westasien	268	327
Ozeanische Länder
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	613	644
Transformationsländer in Europa ^a	527	484
Hocheinkommensländer ^b	233	214

^a Einschließlich von der Weltbank als Länder mit niedrigem oder mittlerem Einkommen eingestufte Transformationsländer in Europa.

^b Entsprechend der Definition der Weltbank.

Indikator 28

Kohlendioxidemissionen und Verbrauch von ozonabbauenden Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKWs)

a) Kohlendioxidemissionen: Gesamt und pro Kopf

	Millionen Tonnen CO ₂			Emissionen pro Kopf (in Tonnen)		
	1990	1995	2000	1990	1995	2000
<i>Fossile Brennstoff- quellen^a</i>						
Welt ^b	22,460	23,468	24,238	4,25	4,14	4,00
Entwickelte Regionen ^c	14,521	13,097	13,402	12,06	11,21	11,27
Entwicklungsregionen	6,749	9,163	9,597	1,68	2,07	2,01
	1990 ^d		2001 ^d	1990 ^d		2001 ^d
<i>Alle Aktivitätsquellen^e</i>						
Anlage-I-Länder ^f	14,526		14,050	13,0		12,1

^a Gesamte CO₂-Emissionen aus fossilen Brennstoffen (ausgedrückt in Millionen Tonnen CO₂); dies umfasst CO₂-Emissionen aus dem Verbrauch fester, flüssiger und gasförmiger Brennstoffe, der Zementherstellung und der Gasabfackelung (United States Carbon Dioxide Information Analysis Center).

^b Die Summe der CO₂-Emissionen aus festen Brennstoffen für die (entwickelten und Entwicklungs-) Regionen entspricht nicht der globalen Gesamtmenge, weil die globalen Schätzwerte auf Angaben aus der Energieerzeugung beruhen, wohingegen die nationalen und regionalen Schätzwerte auf Schätzungen des "scheinbaren Nettoenergieverbrauchs" unter Heranziehung von Angaben aus Erzeugung und Handel (Einfuhren, Ausfuhren, Vorratsfluktuationen) beruht. Die Differenz zwischen den globalen Schätzwerten und der Summe der regionalen Schätzwerte liegt bei etwa 5 Prozent.

^c Einschließlich GUS-Ländern in Europa.

^d Um die Trendbewertung für die Anlage-I-Länder als Gruppe vornehmen zu können, enthalten die kumulierten Werte für 2001 bei denjenigen Ländern, in denen die Daten für 2001 nicht vorlagen, die entsprechenden Daten für ein vorangegangenes Jahr. Für Liechtenstein und die Russische Föderation liegen die Daten für 1999 zugrunde, für Slowenien die für 1996. Der kumulierte Wert für 1990 enthält Daten von 1991 für Ungarn.

^e Schließt Emissionen/Senken aus Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft nicht mit ein.

^f Auf der Grundlage der jährlichen nationalen Emissionsinventare der Anlage-I-Länder (Australien, Belarus, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Japan, Kanada, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Monaco, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Russische Föderation, Schweden, Schweiz, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland und Vereinigte Staaten von Amerika), die dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen Bericht erstatten. Nicht-Anlage-I-Länder haben keine jährlichen Berichterstattungspflichten.

b) Ozonabbauende FCKWs

	FCKW-Verbrauch in Tonnen Ozonabbaupotenzial			
	1986	1990	1996	2002
Welt	1.081	732	175	91
Industrialisierte Regionen	938	618	24	1
Entwicklungsregionen	143	114	151	90

Indikator 29

Anteil der Bevölkerung, der feste Brennstoffe verwendet

Neue globale oder regionale Angaben liegen nicht vor.

Zielvorgabe 10

Bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu hygienischem Trinkwasser und grundlegender Abwasserentsorgung haben

Indikator 30

Anteil der Menschen mit dauerhaftem Zugang zu einer besseren Wasserquelle (städtische und ländliche Gebiete)

	Prozent der Bevölkerung					
	1990			2002		
	Gesamt	Stadt	Land	Gesamt	Stadt	Land
Nordafrika	88	95	82	90	96	84
Afrika südlich der Sahara	49	82	36	58	82	45
Lateinamerika und Karibik	83	93	58	89	95	69
Ostasien	72	99	60	78	93	68
Südasien	71	90	64	84	94	80
Südostasien	73	91	65	79	91	70
Westasien	83	94	65	88	95	74
Ozeanische Länder	51	92	39	52	91	40
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	92	97	83	93	99	82
Entwickelte Regionen	100	100	99	98	100	94

Indikator 31

Anteil der Menschen mit Zugang zu besserer Abwasserentsorgung (städtische und ländliche Gebiete)

	Prozent der Bevölkerung					
	1990			2002		
	Gesamt	Stadt	Land	Gesamt	Stadt	Land
Nordafrika	65	84	47	73	89	57
Afrika südlich der Sahara	32	54	24	36	55	26
Lateinamerika und Karibik	69	82	35	75	84	44
Ostasien	24	64	7	45	69	30
Südasien	20	54	7	37	66	24
Südostasien	48	67	39	61	79	49
Westasien	79	96	52	79	95	49
Ozeanische Länder	58	83	50	55	84	46
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	84	93	68	83	92	65
Entwickelte Regionen	100	100	99	98	100	92

Zielvorgabe 11

Bis 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern herbeiführen

Indikator 32

Anteil der Haushalte mit Zugang zu sicheren Nutzungs- und Besitzrechten

	Slumbewohner (in Millionen)		In Slums lebende Stadtbewohner (in Prozent)	
	1990	2001	1990	2001
Nordafrika	21,7	21,4	28,2	37,7
Afrika südlich der Sahara	101,0	166,2	71,9	72,3
Lateinamerika und Karibik	110,8	127,6	31,9	35,4
Ostasien	150,8	193,8	36,4	41,1
Ostasien ohne China	12,8	15,6	25,4	25,3
Südasien	198,7	253,1	59	63,7
Südostasien	49,0	56,8	28	36,8
Westasien	28,6	40,7	35,3	34,4
Ozeanische Länder	0,4	0,5	24,1	24,5
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	9,7	9,8	29,4	30,3
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	9,2	8,9	6	6
Entwickelte Regionen	41,8	45,2	6	6
Binnenentwicklungsländer	46,5	47,3	56,5	48,4
Kleine Inselentwicklungsländer	5,7	7,3	24,4	24,0
Am wenigsten entwickelte Länder	81,9	140,1	78,2	76,3

Ziel 8**Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft****Zielvorgabe 12**

Ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nichtdiskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickeln (umfasst die Verpflichtung auf eine gute Regierungs- und Verwaltungsführung, die Entwicklung und die Armutsreduzierung auf nationaler und internationaler Ebene.)

Zielvorgabe 13

Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder Rechnung tragen (umfasst einen zoll- und quotenfreien Zugang für die Exportgüter der am wenigsten entwickelten Länder, ein verstärktes Schuldenerleichterungsprogramm für die hochverschuldeten armen Länder und die Streichung der bilateralen öffentlichen Schulden sowie die Gewährung großzügiger öffentlicher Entwicklungshilfe für Länder, die zur Armutsminderung entschlossen sind).

Zielvorgabe 14

Den besonderen Bedürfnissen der Binnen- und kleinen Inselentwicklungsländer Rechnung tragen (durch das Aktionsprogramm für die nachhaltige Entwicklung der kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern und die Ergebnisse der zweiundzwanzigsten Sondertagung der Generalversammlung).

Zielvorgabe 15

Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer durch Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene umfassend angehen und so die Schulden langfristig tragbar werden lassen.

Öffentliche Entwicklungshilfe

Indikator 33

Öffentliche Entwicklungshilfe, netto (insgesamt und für die am wenigsten entwickelten Länder)

a) Jährliche Zahlungen insgesamt (in Milliarden USD)

	1990	2001	2002	2003
Alle Entwicklungsländer	54,3	52,4	58,3	68,5
Am wenigsten entwickelte Länder	15,2	12,0	15,1	..

b) Anteil am Bruttonationaleinkommen (BNE) der OECD/DAC-Geberländer (Prozent)

	1990	2001	2002	2003
Alle Entwicklungsländer	0,33	0,22	0,23	0,25
Am wenigsten entwickelte Länder	0,09	0,05	0,06	..

Indikator 34

Anteil der bilateralen, sektoral zuordenbaren öffentlichen Entwicklungshilfe der OECD/DAC-Geberländer für soziale Grunddienste (Grundbildung, primäre Gesundheitsversorgung, Ernährung, hygienisch einwandfreies Wasser und Abwasserentsorgung)

	Bilaterale sektoral zuordenbare Zahlungen (in Prozent)			
	1995-1996	1997-1998	1999-2000	2001-2002
Alle OECD/DAC-Länder	8	11	13,5	17

Indikator 35

Anteil der ungebundenen bilateralen öffentlichen Entwicklungshilfe der OECD/DAC-Geberländer

	Ungebundene Zahlungen (in Prozent)	
	1990	2002
Alle OECD/DAC-Länder ^a	67,6	84,8

^a Die Angaben stützen sich auf nur etwa 40 Prozent der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe-Verpflichtungen aus OECD/DAC-Ländern, da sie unter Ausschluss von technischer Zusammenarbeit und Verwaltungskosten sowie aller öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Luxemburgs, Neuseelands, Österreichs und der Vereinigten Staaten erfolgen, die keine Angaben über die Bindung ihrer öffentlichen Entwicklungshilfe machen.

Indikator 36

Von Binnenentwicklungsländern erhaltene öffentliche Entwicklungshilfe in Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE)

	Prozent des BNE der Empfänger	
	1990	2002
Binnenentwicklungsländer	5,9	7,5

Indikator 37

Von kleinen Inselentwicklungsländern erhaltene öffentliche Entwicklungshilfe in Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE)

	Prozent des BNE der Empfänger	
	1990	2002
Kleine Inselentwicklungsländer	2,6	1,0

Marktzugang

Indikator 38

Anteil der zollfreien Einfuhren aus den Entwicklungsländern und den am wenigsten entwickelten Ländern an den Gesamteinfuhren der entwickelten Länder (nach Importwert, ohne Rüstungsgüter)

	Prozent der zollfreien Gesamteinfuhren der entwickelten Länder			
	1996	2000	2001	2002
a) ohne Rüstungsgüter				
Entwicklungsländer	46	62	61	57
Am wenigsten entwickelte Länder	68	77	77	81
b) ohne Rüstungsgüter und Erdöl				
Entwicklungsländer	47	61	59	56
Am wenigsten entwickelte Länder	77	70	70	75

Indikator 39

Durchschnittliche Höhe der von den entwickelten Ländern erhobenen Zölle auf Agrarprodukte, Textilien und Bekleidung aus den Entwicklungsländern

	in Prozent			
	1996	2000	2001	2002
a) Agrarprodukte				
Entwicklungsländer	10,5	10,1	10,0	9,9
Am wenigsten entwickelte Länder	4,3	4,1	3,3	3,3
b) Textilien				
Entwicklungsländer	8,1	7,2	7,4	6,7
Am wenigsten entwickelte Länder	4,2	3,8	3,7	3,6
c) Bekleidung				
Entwicklungsländer	12,2	11,5	12,2	11,5
Am wenigsten entwickelte Länder	8,5	8,1	8,0	8,3

Indikator 40

Geschätzte Agrarsubventionen in den OECD-Ländern in Prozent des BIP

Neue globale oder regionale Angaben liegen nicht vor. Die abgedruckten Angaben entstammen dem Vorjahresbericht (A/58/323).

	Geschätzte Agrarsubventionen in den OECD-Ländern	
	1990	2002
Prozent des BIP der OECD-Länder	1,9	1,2
in Milliarden USD	351	318

Indikator 41

Anteil der für den Aufbau der Handelskapazitäten gewährten öffentlichen Entwicklungshilfe

	Prozent der gesamten den Empfängern gewährten öffentlichen Entwicklungshilfe
	2001-2002 Durchschnitt
Amerika	4,0
Europa	9,8
Afrika	4,4
Asien	3,0
Ozeanische Länder	3,8
Globale Programme	6,6

Schuldenragfähigkeit

Indikator 42

Gesamtzahl der Länder, die ihren Entscheidungspunkt im Rahmen der Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC) erreicht haben, und Anzahl der Länder, die ihren HIPC-Abschlusspunkt erreicht haben

	Zahl der Länder	
	2000	2004 ^a
Abschlusspunkt erreicht	1	14
Entscheidungspunkt erreicht, Abschlusspunkt noch nicht erreicht	21	13
Entscheidungspunkt noch zu beraten	16	11
In Betracht kommende Länder, insgesamt	38	38

^a Stand Juli 2004.

Indikator 43

Im Rahmen der HIPC-Initiative zugesagte Schuldenerleichterungen

	(in Milliarden USD (kumulativ))	
	2000	2004 ^a
Für Länder, die den Entscheidungs- oder Abschlusspunkt erreicht haben	34	52

^a Stand März 2004.

Indikator 44

Schuldendienst in Prozent der Exporterlöse (Güter und Dienstleistungen)

	Verhältnis Schuldendienst und Exporterlöse (Güter und Dienstleistungen)	
	1990	2002
Alle Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen ^a	19	18
Hoch verschuldete arme Länder	20	9

^a Entsprechend der Definition der Weltbank.

Zielvorgabe 16

In Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern Strategien zur Beschaffung menschenwürdiger und produktiver Arbeit für junge Menschen erarbeiten und umsetzen

Indikator 45

Arbeitslosenquote bei Jugendlichen im Alter von 15-24 Jahren

a) Arbeitslosenquote bei den 15-24-Jährigen

	1993			2003		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Nordafrika	30,7	39,7	27,1	29,4	39,1	25,5
Afrika südlich der Sahara	21,9	19,5	23,7	21,1	18,6	23,0
Lateinamerika und Karibik	12,4	15,5	10,7	16,6	20,8	14,0
Ostasien	4,8	4,1	5,5	7,0	5,8	8,1
Südasien	13,3	14,6	12,7	14,6	17,1	13,5
Südostasien	8,8	9,3	8,4	16,5	17,7	15,6
Westasien	19,0	19,6	18,7	20,8	22,5	20,1
Ozeanische Länder	7,5	7,8	7,3	8,7	9,2	8,4
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	9,4	9,0	9,7	14,6	14,7	14,5
Entwickelte Regionen	16,7	16,5	16,8	14,6	14,2	15,0

b) Verhältnis der Arbeitslosenquote bei Jugendlichen zur Arbeitslosenquote bei Erwachsenen, 1993-2003

	1993	2000	2003
Nordafrika	3,2	2,9	3,0
Afrika südlich der Sahara	3,6	3,5	3,5
Lateinamerika und Karibik	2,8	2,7	3,1
Ostasien	3,1	3,0	2,9
Südasien	5,6	5,8	5,8
Südostasien	3,9	5,0	4,8
Westasien	3,4	3,3	3,0
Ozeanische Länder	3,1	3,3	3,3
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	3,1	2,4	2,5
Entwickelte Regionen	2,4	2,4	2,3

c) Anteil der arbeitslosen Jugendlichen an der Gesamtarbeitslosenbevölkerung, 1993-2003

	1993	2000	2003
Nordafrika	51,5	48,8	46,8
Afrika südlich der Sahara	62,0	62,3	62,8
Lateinamerika und Karibik	49,7	44,8	48,6
Ostasien	52,6	41,6	41,0
Südasien	64,3	64,0	62,1
Südostasien	58,2	55,4	58,2
Westasien	55,9	52,3	48,3
Ozeanische Länder	59,2	56,5	55,6
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	38,1	28,0	29,6
Entwickelte Regionen	30,1	27,6	26,2

Zielvorgabe 17

In Zusammenarbeit mit den Pharmaunternehmen unentbehrliche Arzneimittel zu bezahlbaren Kosten in den Entwicklungsländern verfügbar machen

Indikator 46

Anteil der Bevölkerung mit dauerhaftem Zugang zu unentbehrlichen Arzneimitteln zu bezahlbaren Kosten

Neue globale oder regionale Angaben liegen nicht vor.

Zielvorgabe 18

In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor dafür sorgen, dass die Vorteile der neuen Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, genutzt werden können

Indikator 47

Festnetzanschlüsse und Mobilfunkteilnehmer

	Zahl der Festnetzanschlüsse und der Mobilfunkteilnehmer je 100 Personen	
	1990	2002
Nordafrika	2,9	17,0
Afrika südlich der Sahara	1,0	5,3
Lateinamerika und Karibik	6,4	36,2
Ostasien	2,4	37,8
Südasien	0,7	5,3
Südostasien	1,4	16,3
Westasien	10,0	42,3
Ozeanische Länder	3,4	9,4
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	12,5	28,8
Südosteuropäische Transformationsländer	13,8	48,2
Entwickelte Regionen	45,4	120,8

Indikator 48

Personalcomputer und Internetnutzer

a) Personalcomputer

	Zahl der PCs je 100 Personen	
	1990	2002
Nordafrika	0,1	1,6
Afrika südlich der Sahara	0,3	1,2
Lateinamerika und Karibik	0,6	6,8
Ostasien	0,3	5,2
Südasien	0,0	1,0
Südostasien	0,3	2,7
Westasien	1,2	5,6
Ozeanische Länder	0,0	6,1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	0,3	6,7
Südosteuropäische Transformationsländer	0,2	5,9
Entwickelte Regionen	11,1	44,1

b) Internetnutzer

	Zahl der Internetnutzer je 100 Personen	
	1990	2002
Nordafrika	0,0	2,6
Afrika südlich der Sahara	0,0	1,0
Lateinamerika und Karibik	0,0	8,2
Ostasien	0,0	7,0
Südasien	0,0	1,5
Südostasien	0,0	4,6
Westasien	0,0	6,3
Ozeanische Länder	0,0	3,6
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	0,0	3,1
Südosteuropäische Transformationsländer	0,0	7,5
Entwickelte Regionen	0,3	42,9

* * *

Quellen

Interinstitutionelle und Sachverständigengruppe der Vereinten Nationen für die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele und die Datenbank der Vereinten Nationen für die Millenniums-Indikatoren (<http://millenniumindicators.un.org>); die Berichte und die Zusammensetzung der Sachverständigengruppe können auf der Internetseite der Datenbank für die Millenniums-Indikatoren unter "Key documents and sources" (http://unstats.un.org/unsd/mi/mi_links.asp) abgerufen werden.

Anmerkungen

Zwei Punkte (..) weisen darauf hin, dass keine Daten vorliegen oder dass die Daten nicht gesondert gemeldet werden.

Sofern nichts anderes angegeben ist, handelt es sich bei den Regionalgruppen um die geographischen Regionen der Vereinten Nationen, mit einigen Anpassungen, die notwendig waren, um für Analyse- und Darstellungszwecke möglichst homogene Ländergruppen herzustellen. Die für die Berichterstattung 2004 über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele verwendete Zusammensetzung der Regionen kann unter http://unstats.un.org/unsd/mi/mi_worldmillennium.asp abgerufen werden.

Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) umfasst Belarus, die Republik Moldau, die Russische Föderation und die Ukraine in Europa sowie Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan in Asien.

Viele der Indikatoren werden nur für die Entwicklungsregionen dargestellt. Soweit angegeben – meist zu Vergleichszwecken –, umfasst "entwickelte Regionen" Europa (mit Ausnahme der GUS-Länder), Kanada, die Vereinigten Staaten, Australien, Japan und Neuseeland. "Entwicklungsregionen" schließt immer die europäischen Transformationsländer mit ein, es sei denn, diese werden in den Tabellen gesondert als "Südosteuropäische Transformationsländer" aufgeführt.